

Abschlepp- und Bergeservice für PKW, LKW und Busse Tel. 0664 / 33 60 275



Reparaturwerk Salzburg 5020 Salzburg, Siebenstädterstr. 46 Tel. 0662/44 84-0, Fax 0662/44 84-44 e-mail: info.salzburg@pappas.at



Malerei Erwin Dorn

Ges.m.b.H. & Co.KG.

DESIGN-GESTALTUNG

A-4050 Traun, Bahnhofstraße 69
Telefon 07229/72 0 81
Fax 07229/72 0 81-50
www.design-gestaltung.com
e-mail: office@design-gestaltung.com







ZEITgeist

Vorwort des Chefredakteurs Josef Wagenthaler

Traumhafte Beamten- Pensionen

s fasziniert mich immer wieder wie leicht es ist Feindbilder zu schaffen. In der aktuellen Diskussion um die Pensionsreform haben sich alle Parteien - ganz besonders die FPÖ - auf ein Schlagwort eingeschworen: "Harmonisierung! und im gleichen Atemzug werden dabei die Beamten-Privilegien genannt. Wie diese Privilegien bei einem eingeteilten Exekutivbeamten aussehen sei kurz skizziert: Die durchschnittliche Dienstleistung der letzten 25 Jahre betrug ca. 2300 Stunden pro Jahr und Beamten und das nicht auf freiwilliger Basis, sondern angeordnet durch den Dienstgeber (im Vergleich dazu beträgt diese bei einem Vollbeschäftigten in der Privatwirtschaft ca. 1.750 Stunden und bei einem Lehrer ca. 850 Stunden). Erwähnenswert ist auch noch die Art der Dienstleistung sie kennt nämlich keinen Unterschied zwischen Tag und Nacht oder Werktag und Feiertag und ist oft mit großem Stress (Waffengebrauch, Festnahmen, Unfallaufnahme, udgl.) zu 80 % bei jeder Witterung im Außendienst verbunden. Diese Tätigkeit bringt mit allen Zulagen und Nebengebühren ein durchschnittliches Aktiv- Bruttoeinkommen von ca. Euro 2.800,- p. Monat. Dafür werden p. Monat 12,55 % Pensionsbeitrag (im ASVG 10,5%) bezahlt.

Tritt dieser Exekutivbeamte, nach etwa 40 Dienstjahren, in den Ruhestand über, beträgt seine Bemessungsgrundlage (Grundgehalt) für die Pension ca. Euro 2.200,-, wovon er brutto 80 % (d.s. 1.760,- brutto/ monatlich) erhält. Wenn er im Laufe seiner Dienstzeit sehr viele Überstunden, Journal-, Sonntags- und Nachtdienste geleistet hat, kann er wegen dieser Nebengebühren auf 100% seines Grundgehaltes - nämlich Euro 2.200,- brutto/monatlich kommen, was ca. 78,5% des letzten Aktivbezuges entspricht. Verglichen mit einem ASVG Pensionisten mit gleichem Aktiveinkommen hat der Exekutivbeamte hochgerechnet ca. Euro 32.000,- mehr Pensionsbeitrag bezahlt, bekommt um ca. Euro 100,- p. Monat weniger Pension und keine Abfertigung von ca. Euro 33.000,-. Hätte jeder Arbeitnehmer diese Privilegien, wäre der Staatshaushalt vermutlich schon saniert.

Warum soll das Volk entscheiden?

Nicht, dass ich grundsätzlich gegen eine Volksbefragung bin, ich finde das absolut ok, wenn eine solche Sinn macht und nicht für populistische Zwecke mißbraucht wird. Will man wirklich ca. 4 Millionen Wahlberechtigte zum Thema Harmonisierung der Pensionssysteme befragen, um damit etwa 200000 Beamten etwas wegzunehmen. Oder will man das Volk



befragen, ob in Wien an der U-Bahn weitergebaut werden soll, ob in Innsbruck die Winterolympiade abgehalten werden soll oder etwa in Linz eine 4. Donaubrücke notwendig ist. Was wird wohl herauskommen, wenn man die Österreicher fragt, ob sie eine Steuersenkung haben wollen? Ich weiß was herauskommt! Jeder Österreicher kennt beim anderen mindestens fünf Bereiche in denen gespart werden kann. Beim ihm selbst allerdings ist alles unmöglich.

Liebe Volksvertreter, ihr wurdet zum Handeln gewählt und nicht zum Befragen des Volkes. Nehmt berechtigte Interessen ernst, denn sonst erübrigt sich jeder Gedanke um die Zukunft Österreichs – denn dann gibt es euch nach der Wahl nicht mehr.



A-5020 SALZBURG, Berchtesgadnerstraße 82 Telefon: 0662/82 49 57, Fax: 0662/82 49 57-4 Mobil: 0664/46 22 971, E-Mail: jotapi@aon.at Internet: www.members.aon.at/Jotapi

IMPRESSUM

Medieninhaber Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher, zu 100 Prozent vertreten durch den Bundesverstand. Die Zeitung "Blaulicht" dient der Information der im öffentlichen Dienst stehenden Beschäftigten.

Nr. 34 - Ausgabe 2/2003, Erscheinungstermin Juni 2003, Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich.

"BLAULICHT" ist das offizielle Organ der Exekutivvereinigung "Auf", ZL-Nr. GZ 02Z033222 M, Verlagspostamt 8054 Graz Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:

Für Mitglieder und Exekutivbeamte kostenlos! Für zusätzliche Bestellungen Abo-Preis: 4 Hefte € 11,- inkl. MwSt., Porto und Versandspesen

Exekutivereinigung "AUF", Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher im öffentlichen Dienst, A-1080 Wien, Florianigasse 16/8, Telefon: 01/406 75 15, Fax: DW 23, Internet: http://www.auf.at/auf, e-mail: auf@auf.at, DVR-Nr: 0557617, Verlagspostamt 1080 Wien

Anzeigenverwaltung & Gesamtproduktion: Exekutiv Verlags GmbH, A-8054 Graz, Kärntner Straße 518/N, Telefon: 0316/28 71 51-0, Fax: DW 9, e-mail: office@exekutiv-verlag.at, DVR-Nr.: 0798364, Geschäftsführer: Michael Brugmayer, Prokuristin: Tamara Wurzer, Grafik und Layout: Daniela Barger, Sekretariat: Margharita Bretterklieber und Dagmar King Hersteller (Druck): Druckhaus Thalerhof GesmbH & Co. KG, 8073 Feldkirchen, Gmeinergasse 1, Telefon: 0316/29 61 07-0, E-Mail: druckhaus.thalerhof@postfach.at



Telefon: 0732/38 18 65 Telefax: 0732/37 68 16 Mobil: 0664/230 18 62 E-Mail: garten.strasser@aon.at



Restaurant

Telefon: 07252/519 99

Telefax: 07252/519 99-5

Handy: 0699/11 44 26 01

E-Mail: wolf.foesi@aon.at

Ihr schönstes Fest Feiern Sie unbeschwert und in angemessenem Rahmen

Wolfgang und Sylvia Fösleitner Preuenhuberstraße 14, 4400 Stevr

Hausmannskost Internationale Speisen Hausgemachte Mehlspeisen Veranstaltungen aller Art

bis 80 Personen

sse, im Winter direkt an der Skiablahrt des Gasteinertales



Familie Seer A - 5630 Bad Hofgastein , Tel: 0043/6432/6444 Fax: 7521 www.pyrkerhoehe.com e-mail: info@pyrkerhoehe.com

Vorwort

Rechtsseite



Gastkommentar

Wiens Sicherheit unter Innenminister Strasser in Gefahr Gastkommentar von LAbg, Heinz Christian Strache (Sicherheitssprecher der FPÖ und stellv. Landesparteiobmann Wien) ... 6

FEG



Hilfeleistungsgesetz

Ist das der politische Wille?

Exekutive: Arbeiten bis 65

Kaisermühlentunnel und Guntramsdorf Resolution gegen die Einsparung von 1.800 Planstellen im BMI 12

Kirminalstatistik 2002

Zollwache

Unter uns gesagt: Eine neue Herausforderung: Zollwache im Innenministerium 16 Überstellung vom Exekutivdienst in den Verwaltungsdienst 16

Standards

Zusammenlegung der Wachkörper Karrikatur 22

Gendarmerie

Ea2-Kurs komm!
Nachruf: Josef Nussbaumer und Revinsp. Peter Spörk
Irrwege eines Berufspolitikers19
Landesstatthalter Dieter Egger
Populistischer Innenminister?
Unter uns gesagt: Trotz Verunsicherung hoch motiviert



Perfekter Großeinsatz der Gendarmerie in Liechtenstein Fußball EM Hit Liechtenstein - England 20

Kriminaldienst

Ohne Anwalt kein Wort – Strafprozessordnung 2005	26
Gell) statt Rosa	
City-Rike Jösen Vienna-Rike ah	26

Justizwache

Skandalurtell									
2 Monate Freiheitsstrafe für Widerstan	d,								
Körperverletzung, Suchtgiftmissbrauch									



Diensthunde für die Justizwache?

Innenminister sagt NEIN! zur Eingliederung der Justizwache in das Innenministerium 29 Jugendvollzug in der JA-Josefstadt – unwürdig?30

Sicherheitswache

8. Diensthunde-Meisterschaft 2003	32
Unzureichende Parkkartenregelung Die FPÖ beantragt eine Änderung im Gemeinderat	. 33
Unter uns gesagt: Bauunternehmen Innenministerium!	. 33



Lebensrettung in Algerien 34 Wiener SPÖ will "Gläsernes Wachzimmer"

AUF/FEG sagt zu Dienst im "Aquarium"; Nein Danke!
Immer mehr Arbeit
Neustrukturierung und/oder Reformen können auch positive Aspekte beinhalten
Zusammenlegung der Exekutivkörper – Zwischenbericht durch das "Team 04"
V-ttt

ZI Reform verworfen - Thema bleiben das Wachzimmerstrukturkonzept und die Telefonvermittlungen 38

Ausgabe von Erfrischungsgetränken "AVE" Eine Aktion der AUF/FEG und FPÖ Wien39

Veranstaltungen/Freizeit



Kart-Landesmeisterschaften 42



Allen Kollegen wunderschönen und erholsamen Urlaub 2003.





Telefon: 0732/60 73 64



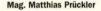


bofrost

Vertriebs III GmbH & Co. KG A-5020 Salzburg Samergasse 26 Telefon: 0662/88 55 22-0







SES.

FEG-Rechtsbüro Alles was "RECHT" ist

Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetz

as Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetz (WHG) stellt in Form einer Auslobung die Verpflichtung des Bundes dar, an Wachebedienstete im Falle eines erlittenen Dienst- oder Arbeitsunfalls der eine Körperverletzung oder eine Gesundheitsschädigung zur Folge hat eine besondere Hilfeleistung zu erbringen. Die Auslobung ist ein einseitiges Rechtsgeschäft dessen Besonderheit darin liegt, dass die in der Auslobung steckende Verpflichtungserklärung bereits durch ihren Zugang an die Öffentlichkeit wirksam wird. Im Falle des WHG geschah dies durch die Verlautbarung im Bundesgesetzblatt. Wenn nun die im § 4 sowie im § 9 des WHG aufgezählten Bedingungen eingetreten sind, so ist der Bund durch den zuständigen Minister an seine Verpflichtungserklärung rechtlich gebunden die gesetzlichen Leistungen zu erbringen. Das ist zumindest die Theorie. In der Praxis sieht dieses leider etwas anders aus. Die Entscheidung ob eine Hilfeleistung gewährt wird ergeht nicht in Bescheidform. Ob letztendlich eine vorläufige Übernahme von Ansprüchen oder eine einmalige Geldleistung an Hinterbliebene erfolgt liegt in der Entscheidungsgewalt des BMI. Obwohl das Gesetz eindeutig die Bedingungen für eine Leistung festlegt, kann es passieren, dass der Bund sich nicht an die ausgelobten Leistungen hält. In diesem Falle steht, bei dem rechtlichen Gebilde der Auslobung, dem Wachebediensteten oder den Hinterblieben, die sich in ihren Rechten durch die Ablehnung beeinträchtigt fühlen, nur der zivilrechtliche Klagsweg offen. In diesem

Fall muss der Kläger, hier entweder der Wachebedienstete oder der Hinterbliebene beweisen, dass er die Voraussetzungen erfüllt hat und einen gesetzlichen Anspruch auf eine Leistung hat. Das große und unüberwindbare Hindernis für eine erfolgsversprechende Prozessführung liegt jedoch darin, dass der Gesetzgeber im § 9 Abs. 4 normiert hat, dass auf die ausgelobten Leistungen kein Rechtsanspruch besteht. Dies führt meines Erachtens jedoch dazu, dass die Durchsetzung der Ansprüche unmöglich gemacht werden und das gesamte WHG seiner ureigenste Intention widerstreitet und nicht die gewünschte Absicherung für die Begünstigen bringt. Dem Vernehmen nach ist wird bereits versucht über die Personalvertretung hier eine Lösung dieses Problems zu erreichen.



Wiens Sicherheit unter Innenminister Strasser in Gefahr

Gastkommentar von LAbg. Heinz Christian Strache (Sicherheitssprecher und stellv. Landesparteiobmann der FPÖ Wien)

ie Daten der Kriminalstatistik 2002 haben endgültig bewiesen, dass in Wien sicherheitspolitisch Feuer am Dach ist. Mehr als 210.000 Straftaten wurden demnach im Vorjahr begangen, das entspricht einer Steigerung in der Bundeshauptstadt gegenüber 2001 um nahezu 20 Prozent. Die Aufklärungsquote liegt bei knapp über 25 Prozent und ist gesunken.

Zu einem Gutteil verantwortlich für das entstandene Sicherheitsvakuum ist der kontinuierliche Kahlschlag von Planstellen im Exekutivbereich durch ÖVP-Innenminister Strasser und seinen sozialdemokratischen Vorgänger Schlögl. Gab es 1994 noch 6157 Sicherheitswachebeamte bei der Bundespolizeidirektion Wien, sind es heuter und 500 weniger. Von den verbliebenen sind zusätzlich rund 500 abkommandiert oder in Karenz.

Dieser akute Personalmangel hat natürlich Konsequenzen. Immer häufiger können Funkstreifenwagen infolge Personalmangels nicht mehr besetzt werden. 30 Prozent unbesetzte Funkstreifen, vor allem in den Nachtstunden, sind in Wien leider keine Seltenheit, präventive Fußstreifendienste in der Nacht wurden infolge Personalmangels de facto abgeschafft. Im Gegensatz dazu stieg binnen weniger Jahre die über die Funkstelle herausgegebenen Einsätze von durchschnittlich 550 auf 850 täglich an.

Dazu kommt, dass Wien unter Innenminister Strasser immer mehr zum Umschlagplatz des illegalen Drogenhandels geworden ist. Immer dreister handeln Drogendealer vor Schulen und in U-Bahnen mit dem todbringenden Gift. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass trotz zahlreicher Beschwerden die Wiener Linien dieses Drogenproblem stillschweigend dulden und nicht endlich den Innenminister zum Handeln aufrufen. Alle paar Monate werden zwar medienwirksam Alibirazzien durchgeführt, am nächsten Tag geht der Handel mit scheinbar verstärkter Intensität munter weiter.

Die Wiener FPÖ fordert in diesem Zusammenhang von Innenminister Strasser die Aufstockung der Planstellen im Exekutivbereich der BPD Wien auf den Stand von 1994. Darüber hinaus soll sukzessive die Aufhebung der Dienstzuteilungen im Wiener Sicherheitswachebereich zu anderen Abteilungen (z.B. Flughafen, Innenministerium) erfolgen. Die Aufstockung der Exekutivplanstellen könnte zu einem großen Teil durch einen Planstellenabbau in der Verwaltung erfolgen. In den letzten Jahren hat die BPD Wien die Zulassung. das Pass- und Meldewesen sowie das Fundwesen an andere Institutionen abgegeben und wurden durch diese Maßnahmen allein rund 200 Verwaltungsbeamte arbeitslos. Eingespart wurden jedoch keine. Auch muss in den sensiblen Bereichen der Stadt - dort, wo Kriminalität besonders massiv auftritt - mit eigens zu schaffenden Wachkörpern die Sicherheit für die Bürger gewährleistet werden. Die FPÖ schlägt in diesem Zusammenhang die Einrichtung einer 150 Mann starken U-Bahn Polizei vor. Es geht insbesondere darum, die Drogenproblematik in den öffentlichen Verkehrsmitteln zurückzudrängen.

ÖVP-Innenminister Strasser ist aufgerufen, endlich zu handeln. Geschäftsordnungsänderungen vorwiegend zu dem Zweck Parteifreunde in Spitzenpositionen zu hieven, ist zuwenig. Mehr Personal mit der Weisung, im Rahmen der Gesetze (mit entsprechender Rückendeckung aus dem Ministerium) auch konsequent gegen Kriminelle vorzugehen, ist im Interesse der Sicherheit in der Bundeshauptstadt angesagt.



Heizöle und Treibstoffe von

WMV Ronacher

Landeck - Rum - Bludenz - Bregenz E-Mail: vertrieb@wmv.at www.wmv.at

ci neizen und m

heizen und mehr

AUF-Sektion: Finanz-Zoll

ANTI-Korruption TATSÄCHLICH EIN THEMA IM BMF?

eim heutigen Frühstück las ich wie Bimmer die Tiroler Tageszeitung und las auf der Titelseite "Homepage gesponsert: Gestern wurde bekannt, dass die Industrie die Grasser-Homepage finanziert". Auf Seite 2 wurde dann ausgeführt "Die Industriellenvereinigung bekennt sich zur Finanzierung eines Vereines, der auch die persönliche Homepage von Finanzminister Grasser betreut. Der 'Verein zur Förderung der New Economy', finanziert von der Industriellenvereinigung, ist u.a. für die Showauftritte von Finanzminister Karl Heinz Grasser vor Wirtschaftstreibenden sowie für die Gestaltung der 'privaten' Homepage des Ministers aufgekommen. Die laufenden Zuschüsse betragen laut Generalsekretär der Industriellenvereinigung Lorenz Fritz 75.000 €. "Die Auftritte waren gut für uns und unser Land" wird Fritz zitiert.

An meinem Arbeitsplatz eingetroffen fand ich schon wieder interessanten Lesestoff vor, diesmal vom Bundesministerium für Finanzen, Abteilung I/1, Kommunikation, nämlich eine Informationsbroschüre "ANTI-KORRUPTION"; Die Finanzverwaltung unbestechlich und transparent.

Pflichtbewusst begann ich ich die Ausführungen des Dr. Ingobert Waltenberger über Korruption, deren Entstehung und Vermeidung zu studieren.

Schon auf Seite 1 nach der Überschrift "Was ist Korruption" begann ich mich zu wundern. Hier steht zu lesen: "Die kriminellen Machenschaften in der Betriebsprüfungsabteilung des Finanzamtes Innsbruck haben gezeigt, dass auch die international anerkannte österreichische Finanzverwaltung vor Amtsmissbrauch und Korruption nicht gefeit ist."

und Korruption nicht gefeit ist."
Schon alleine für diesen unsauberen Einstieg zum Thema Korruption sollten sich die beiden Vorwortverfasser Karl-Heinz Grasser und Alfred Finz persönlich bei den Bediensteten der angeschwärzten Abteilung entschuldigen. Entspricht es doch vielmehr den Tatsachen, dass die Finanzverwaltung seit beinahe einem Jahr nicht einmal in der Lage ist der Staatsanwaltschaft ausreichend belastendes Material zur Anklageerhebung gegen die beschuldigten Kollegen zur Verfügung zu stellen.

Es gilt wohl auch für Bundesbedienstete die Unschuldsvermutung und die Behauptung der kriminellen Machenschaften kann somit zumindest als unbewiesene Unterstellung gewertet werden.

Weiter jedoch in dieser informativen Broschüre entdeckte ich auf Seite 10 einen grauen Kasten, dessen Inhalt mich wieder an den morgendlichen Zeitungsartikel erinnerte. Im grauen Kasten steht geschrieben "Es ist bekannt, dass im Geschäftsleben Geschenke häufig mit dem Hintergedanken gemacht werden, eine entsprechende Gegenleistung zu erhalten". Erläuternd stand daneben: "Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft". Wie wahr, wie wahr dachte ich mir und erwog den Beitritt zum "Verein zur Förderung der New Economy".

Diesen Gedanken verwarf ich sofort nach dem Studium von Seite 11 wo eindeutig angeregt wird: "Seien sie Vorbild; Machen sie durch ihr Verhalten deutlich, dass Sie Korruption weder dulden noch unterstützen. Lehnen Sie Geschenke und Vorteile konsequent ab."

Ich möchte ja auch wie alle unsere Vorgesetzten bis zum Herrn Bundesminister selbst natürlich ein Vorbild sein!

Eine zentrale Frage stellt sich für mich trotzdem: Wie sollen die Bundesbediensteten den Spagatt zwischen unabhängiger, unbestechlicher und transperenter Kontrolle einerseits und dem vom BMF an Servilität grenzenden, angeordneten Kundenservice andererseits schaffen?

Möglicherweise haben die Antikorruptionsbeauftragten, HR Dr. Robert Steiner und Oberrat Dr. Martin Windisch bereits ein Patentrezept in der Schublade.

Oder doch dem "Verein zur Förderung der New Economy" beitreten?

Ich hoffe mit diesem Schreiben nicht unter den auf Seite 12 angeführten Punkt zu fallen: "Offenbaren Sie keine dienstlichen Angelegenheiten, über die Sie zum Stillschweigen verpflichtet sind. Das gilt übrigens auch gegenüber Ihren Kollegen." Entsprechend auch im Leitbild nachzulesen: "Unvoreingenommenheit, Wertschätzung und Vertrauen prägen unseren Umgang miteinander. Zusammenarbeit, gegenseitige Unterstützung und Informationsbereitschaft kennzeichnen unseren Arbeitsstil. Entscheidungen werden gemeinschaftlich vorbereitet, Konflikte gemeinsam gelöst."

Robert G./Tirol

Calypso

4063 Hörsching, Brucknerplatz 6 Telefon 07221/73724

Öffnungszeiten: 16 bis 2 Uhr - Sonntag Ruhetag!

Zinöggerstüberl

Robert Berger

Zinöggerweg 6, 4020 Linz/Spallerhof Telefon: 0732/33 00 41

Öffnungzeiten: 9 bis 24 Uhr - Dienstag Ruhetag!

Kalkschutz



Haben Sie schon die Erfahrung gemacht, dass aus der Wasserarmatur kaum noch heißes Wasser herausfließt, der Boiler ewig lange braucht um aufgewärmt zu werden oder Sie das Gefühl haben, dass der Wärmetauscher beginnt die Wärme schlechter umzusetzen? Die Rede ist von hartem, kalkhaltigem Wasser. Die Wasserhärte wird in Härtegraden angegeben und erreicht Werte von über 40 ° dH. (deutsche Härte).

Welche Härtebereiche gibt es:

0 - 7 ° weiches Wasser (Härtebereich I) > 7 - 14 ° mittelhartes Wasser (Härtebereich II) > 14 - 21 ° hartes Wasser (Härtebereich III) > 21 ° sehr hartes Wasser (Härtebereich IV)

Auswirkungen von Verkalkung?

Je mehr Kalk sich bei unseren Heizstäben, Wärmetauschern... angelegt hat, desto mehr an Energie ist notwendig um die gewünschte Wassertemperatur zu erreichen. Der Mehraufwand an Energie beträgt bis zu 20% und mehr.

Welche Anforderungen sind an Kalkschutzgeräte zu stellen?

- dass die Wasserqualität nicht verändert wird. (für Wassertrinker sehr wichtig)
- 2. dass chemiefreie Behandlung des Wassers garantiert ist
- 3. dass ein Prüfzeugnis auf Wirksamkeit vorgewiesen werden kann Erfüllt hat all diese Anforderungen das Kalkschutz-Gerät der Firma Biocat aus Kematen in Tirol.

Wie funktioniert nun so ein Biocat Gerät?

Abgeschaut wurde die Idee den Muscheln und Korallen, die die sogenannte Biomineralisierung zum Aufbau ihres Kalkskelettes nutzen. Die Wirkungsweise ist sehr einfach. Das in einem Edelstahlbehälter befindliche Granulat wird vom zu behandelnden Wasser durchströmt und verwirbelt. Dabei wird durch Beibehaltung der Wasserqualität der Kalkausfall verhindert. Am Granulat bilden sich

kleinste Kalkkristalle, die dann in das vorbeiströmende Wasser abgegeben werden und dann ohne einen Schaden zu verursachen mit ausgewaschen werden. Der ausfällbare Kalk wird in kristalliner Form mit dem Wasser ausgespült und die Bildung von Kalkstein ist daher nicht mehr möglich.

Wo wird das Kalkschutzgerät eingebaut?

Um Kosten bei der Anschaffung zu sparen, genügt der Einbau im Warmwasserbereich. Kalkprobleme tauchen immer dort auf, wo es heiße Temperaturen gibt. Wichtig ist, dass das Kalkschutzgerät wartungsfrei arbeitet und das innenliegende Granulat frühestens in 3 Jahren zu tauschen ist.

Auf der Energiesparmesse 2003 in Wels wurde ein E-Boiler ausgestellt, der den Biocat Kalkschutz bereits eingebaut hat

Kontaktadresse: www.biocat.at



Solaranlage und Stromsparen wie geht das?

Die Sonne scheint, die Solaranlage arbeitet, die Waschmaschine jedoch wird mit Strom aufgeheizt. Die Investition in ein Waschmaschinenvorschaltgerät lohnt sich. Sie sparen bis zu 85 % an Strom, sie



brauchen bis zu 50 % weniger Waschmittel und ein Wasserfühler sorgt dafür, dass es auch bei ihrer alten Waschmaschine zu keiner Überschwemmung kommt. Einzig ein Warmwasseranschluss und ein Kaltwasseranschluss in der nähe der Waschmaschine werden benötigt.

INFO: www.eidenhammer.at solarcity@eidenhammer.at

Die sonnigste Idee:

Gewinnen Sie eine Photovoltaikanlage für Ihr Haus im Wert von € 15.000,- gesponsert von PVT-Austria, Fronius und Solution. Der TV Sender LT1 sucht für sein stromproduzierendes LOGO die sonnigste Werbefläche von 4 m mal 3 m oder 8m mal 1,5 hoch. Die Einsendungen richten Sie bitte an LT1 Kennwort Sonnenlogo z.Hd. Herrn Mayerbrugger, Industriezeile 36, A-4020 LINZ Einsendeschluss ist der 31. Juli 2003.



PVT-Austria PhotovoltaikTechnikGmbH Zlabernerstr. 500 A-2135 Neudorf/Staatz www.pvt-austria.at

Wasser kein unbegrenzter Rohstoff

Im Jahr des Wassers wird sehr viel berichtet über Wasserqualitäten und Einsparungsmöglichkeiten. Die Firma techem Wassertechnik hat sich spezialisiert auf die Betreuung von öffentlichen Gebäuden und Wohnungsgenossenschaften. Wir waren mit der Kamera dabei und hier sind die für Sie wichtigsten Details.

Die optimale Versorgung ist meistens durch den Wasserversorger bis zur Wasseruhr gegeben. Um einen Komfortverlust zu verhindem und zum Schutz der Armaturen und Leitungen lohnt es sich in eine Kombination von Hauswasserfilter und Druckminderer zu investieren. Die Einsparung von Wasser und somit auch Abwassergebühr liegt bei ca. 25 %. (Quelle WAG Linz). Die Druckminderungsanlage wird so eingestellt, dass der Druck auf die jeweilige Gebäudehöhe eingestellt wird.

Je höher der Eingangsdruck in einem Gebäude ist, umso höher der Wasserverbrauch und umso größer die Beanspruchung auf die Armaturen.

INFO: gerhard.decker@techem.at



Europas erster Supermarkt ganz ohne Heizung

KIRCHBERG- Thening.

Dass es in einem "Nah & Frisch" Markt ganz ohne Heizung nicht frisch sein muss, will die Firma Pfeiffer mit einem europaweiten Prototypen beweisen. Es ist der erste Markt, der die H2sun Kriterien schafft. Kein Öl, kein Gas, keinen Atomstrom.

" H2sun " age to sun

Zeitalter der Sonne



Der Konsument sucht immer mehr nach Produkten mit einer hohen Qualität und Langlebigkeit. Ethisch saubere Produkte und Firmen, die mit H2sun ausgezeichnet werden entsprechen diesen Grundsätzen.

Ein H2sun Produkt wird mit erneuerbarer Energie hergestellt, hat ökologischen Strom und es gibt keinerlei negative Erwähnung im Schwarzbuch der Markenfirmen.



Infos zu allen Energiespartipp-Artikeln:

Ludwig Eidenhammer Konsulent für Umwelt Neubauzeile 108 4030 Linz Tel. 0732 / 37 19 36

www.eidenhammer.at solarcity@eidenhammer.at

PENSION

ein anderes Thema hat die österreichische Bevölkerung in den letzten Monaten mehr beschäftigt als die Pensionsreform. Ausgehend von der Tatsache, dass es sehr viele unterschiedliche (viele meinen auch ungerechte) Pensionsformen gibt und der bevorstehenden Unfinanzierbarkeit des derzeitigen Systems auf lange Sicht, haben Maßnahmen zur Pensionssicherung notwendig gemacht.

Maßnahmen zur Pensionssicherung

Um ein wirklich gerechtes Pensionssystem für alle zu erreichen, müssen die verschiedensten Systeme vereinheitlicht werden. Ganz im Sinne von gleiche Leistung für gleiche Beiträge. Beitragszahlungen des Einzelnen und der Arbeitgeber, die Beitragszeiten und Ersatzzeiten müssen ebenso berücksichtigt werden wie die besonderen Erschwernisse der Arbeitsleistung (Lebenserwartung).

Einheitliches Pensionssystem für alle ab 1. 1. 2004

Das eben beschlossene Gesetz hält sich an diese Grundvoraussetzungen und gilt für alle Arbeitnehmer, die ihr Erwerbsleben mit 1. 1. 2004 beginnen (auch Beamte). Darüber hinaus sind auch Maßnahmen enthalten, die jene mehr oder weniger betreffen, die bereits im Erwerbsleben stehen.

1. Reformschritt für ASVG- Bereich

Die FPÖ hat mit Sozialminister Haupt ihre Hausaufgaben gemacht und den 1. Schritt der Pensionsreform umgesetzt

Was die Pensionsreform im Detail bringt (Quelle: Kleine Zeitung vom 12.06.03)

Beamte. Die 10-Prozent-Verlustobergrenze gilt jetzt auch für die Beamten. Sie fahren damit günstiger als mit der vorher ausverhandelt gewesenen Sieben-Prozent-Deckelung, der nur die Einbußen aus dem verlängerten Durchrechnungszeitraum erfasst hätte, nicht aber andere Maßnahmen wie den geringeren Steigerungsbetrag.

Kleinpensionen. Für sie wird der Härtefonds ausgeweitet. In den Genuss von Verlustmilderungen unterm 10-Prozent"Deckel" können theoretisch etwa eine Million Bezieher von Pensionen unter 1.000,- Euro kommen. Sie müssen aber "besondere Härten" geltend machen und einen Antrag stellen, um eine einmalige Zuwendung zu erhalten.

Hackler. Auch Beschäftigte mit besonders langen Beitrags- und Versicherungszeiten (Männer 45, Frauen 40 Jahre) sind begünstigt. Bis 2006 soll es für jene, die unter die Hacklerregelung fallen, gar keine Verluste geben. Für Schwerarbeiter soll schon ab 2004 eine Regelung gelten, die es ihnen durch Aufwertungsfaktoren ermöglicht, in bestimmten Fällen schon ab 38 Beitragsjahren abschlagsfrei in Pension zu gehen. Als Schwerarbeiter sollen auch bestimmte Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, wie etwa Krankenschwestern und Exekutivkräfte, angesehen werden

Härtefonds. Er wird 2004 mit zehn Millionen Euro dotiert, für 2005 auf 16 und 2006 auf 18 Millionen aufgestockt. 44 Millionen Euro auf drei Jahre für eine Million Kleinpensionisten, das würde durchschnittlich etwas mehr als einen (!) Euro pro Kopf und Monat ausmachen. Was nach 2006 mit dem Fonds geschieht, bleibt offen.

Frauen. Mehr als 70 Prozent der Bezieher von Mini-Pensionen unter der 1.000-Euro-Grenze sind Frauen. Für sie ist das Gros des Härtefonds reserviert.

Funktionäre. Für Funktionäre von Sozialversicherungen wurden die Pensionen schon abgeschafft. Wo noch alte Ansprüche bestehen, wird jetzt ein achtprozentiger Pensionsbeitrag eingehoben, von den Funktionären, die schon in Pension sind – gleich wie beim öffentlichen Dienst – ein Pensionssicherungsbeitrag von 3,3 Prozent. Prominentester Betroffener: Beamtengewerkschaftschef Fritz Neugebauer selbst.

Frühpension. Die Frühpension wird wenn auch jetzt langsamer als ursprünglich geplant – bis 2017 schrittweise abgeschafft. Pro Jahr wird das Antrittsalter von derzeit 61,5 (Männer) und 56,5 Jahren (Frauen) um vier Monate hinaufgesetzt. Start; am 1. Juli 2004.

Abschläge. Sie gelten nur so lange die Frühpension noch möglich ist und sie werden erhöht: von 3,75 auf 4,2 Prozent vom Bruttopensionsbezug. Der maximale Abschlag beträgt 14,2 Prozent.

Steigerungsbetrag. Die Senkung des Steigerungsbetrags von zwei auf 1,78 Prozent kommt wie vorgesehen schrittweise in den nächsten fünf Jahren. Der Effekt: Die Höchstpension wird nicht mehr nach 40, sondern erst nach 45 Jahren erreicht.

Durchrechnung: Der Durchrechnungszeitraum zur Errechnung der Pensionshöhe wird statt wie bisher von den 15 besten auf die 40 besten Jahre angehoben. Auch das schrittweise um jeweils 12 Monate pro Jahr bis zum Jahr 2028 und mit einer Deckelung von maximal 10 Prozent Verlust.

Harmonisierung der Pensionssysteme: Wer mit 65 Lebens- und 45 Beitragsjahren in den wohlverdienten Ruhestand tritt, darf weiterhin auf (durchgerechnete) 80 Prozent Ersatzrate hoffen. Gültig für alle Arbeitnehmer, Bauern, Gewerbetreibende und Beamte. "Harmonisiert" werden auch Beamte mit weniger als 15 und Beamtinnen mit weniger als zehn Dienstjahren. Das einheitliche Pensionsrecht soll mit Beginn des nächsten Jahres in Kraft treten, allerdings auch Übergangsfristen beinhalten.

Politiker. Das Pensionsalter für Politiker wird auf 65 angehoben, auch für sie gelten die Abschläge wie für Normalsterbliche. Dazu kommt ein Solidarbeitrag von acht Prozent für Pensionsanteile unter der ASVG-Höchstbeitragsgrundlage bzw. von 15 Prozent für jene darüber. Aktivgehalt und Politikerpension gleichzeitig soll es nicht mehr geben, die Entgeltfortzahlung wird auf 75 Prozent gekürzt. Auch die Bezugsdauer für die Weiterzahlung der Regierungsgehälter

2. Reformschritt für Beamte und Sozialversicherungsträger

Die ÖVP muss mit Bundeskanzler Schüssel – zuständig für Beamte – im Herbst 2003 den 2. Schritt angehen. Dabei geht es vor allem um eine gerechte und sozial verträgliche Pensionssicherung für Beamte (Bund, Land und Gemeinden) und Sozialversicherungsträger.

Exekutive: Arbeiten bis 65

OSTERN 2003: ÖVP-Sicherheitssprecher legte (uns) ein Ei!

Ticht anders kann man es beschreiben, das Interview von ÖVP-Sicherheitssprecher Günter Kößl vom Dienstag dieser Woche gegenüber der "Presse":

Für ein höheres Pensionsantrittsalter auch im Exekutivbereich sprach sich am Dienstag VP-Sicherheitssprecher Günter Kößl aus: Gendarmen und Polizisten seien bis 65 noch vielseitig einsetzbar – auch wenn der Dienst für ältere Beamte manchmal "schwierig" sei. Kößl: "Ich würde in keiner Weise eine Altersgrenze festlegen." Die geplante Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie lobte Kößl, der übrigens selbst Postenkomman-

dant im niederösterreichischen Ulmerfeld ist.

Quelle: Die Presse v. 16.04.2003

Unser lieber Kollege "Sicherheitssprecher" kann es sich offensichtlich leisten, für ein höheres Pensionsantrittsalter für uns alle einzutreten. Vermutlich kennt er als Abgeordneter zum Nationalrat, Vizebürgermeister und Stadtrat der Stadt Amstetten, DA-Vorsitzender beim BGK Amstetten, Vorsitzender der Landesexekutive des ÖGB Amstetten, Vorsitzender der KdEÖ im Bezirk Amstetten und Vorsitzender des Bezirkssicherheitsforums den Außendienst nur mehr vom "Hörensagen". Der Herr Stadtrat verlangt doch

tatsächlich als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses von uns, dass wir die vielfältigen Aufgaben des Gendarmeriedienstes bis zu 47 Jahre und die Gendarmeriepraktikanten gar 50 Jahre lang ausüben sollen, damit wir mit 65 schlußendlich gar keine Pension mehr gebrauchen können, weil wir in physischer und psychischer Hinsicht ausgebeutet sind.

Und dass Kollege Kößl die Zusammenlegung von Gendarmerie und Polizei lobt, kann man aus seiner Sicht noch irgendwie verstehen; vermutlich will er als ehemaliger Polizeibeamter zurück zu "seinen Wurzeln"! Franz Hartlieb

Landesvorsitzender der AUF-Gendarmerie

Exekutivdienstgesetz – EDG

achdem in der Ära "Schüssel 1"
das von der AUF/FEG angestrebte
"Exekutivdienstgesetz" mit den
Eckpunkten Lebensarbeitszeit, Gehaltsreform, Nebengebührenreform und Schwerarbeiterregelungen bereits fixiert waren –
was Bundeskanzler in einem Fernsehinterview auch bestätigt hat – geht es nun um
die Finalisierung.

Dazu haben die FPÖ Bundesräte eine Anfrage an den Bundeskanzler gestellt:

Anfrage der Bundesräte Christoph Hagen, Wilhelm Grissemann und Kollegen an den Herrn Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel betreffend Exekutivdienstgesetz:

In der so genannten "Elefantenrunde" des ORF zur Nationalratswahl 2002, lobte Bundeskanzler Schüssel die Bemühungen von Ex-Vizekanzlerin Riess-Passer um das geplante Exekutivdienstgesetz und sicherte zu, diesen Gesetzesvorschlag weiterverfolgen zu wollen. Diese Aussage sicherte ihm auch viele Stimmen von Exekutivbeamten, welche in der Hoffnung auf ein längst überfälliges und faires Besoldungsund Pensionssystem bei der Wahl am 24. November 2002, die ÖVP wählten.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Bundesräte folgende

Anfrage:

- Werden Sie das in Arbeit befindliche "Exekutivdienstgesetz" von Ex-Vizekanzler Riess-Passer weiterverfolgen?
- 2) Wenn ja, bis wann ist ein Ergebnis zu erwarten?
- 3) Wenn nein, warum nicht?
- 4) Ist es richtig, dass die österreichischen Exekutivbeamten das höchste Pensionseintrittsalter in der EU haben?
- 5) Mit welchem Alter sind in den anderen EU-Staaten Exekutivbeamte für den Eintritt in die "Regelpension" berechtigt, und mit welchem Alter in die "Frühpension"?
- 6) İst es für Sie denkbar, dass die Besoldung von Beamten nach dem jeweiligen Landesbedienstetengesetz des jeweiligen Bundeslandes durchgeführt wird, da ja nicht in jedem Bundesland die Lebenshaltungskosten gleich hoch sind?
- 7) Wenn nein, was spricht dagegen?

Bundeskanzler Schüssel beantwortete diese Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1,2,3,6 und 7

"Wie bereits im Regierungsprogramm für diese Legislaturperiode ausgeführt wird, ist beabsichtigt, die Dienst- und Besoldungsrechte der Gebietskörperschaften zu vereinheitlichen sowie ein einheitliches Bundesmitarbeitergesetz statt des Beamtendienstrechtsgesetzes und des Vertragsbedienstetengesetzes mit funktionsbezogenem Kündigungsschutz und der Möglichkeit einer Berücksichtigung berufsbildspezifischer Anforderungen - wie z.B. für den Exekutivdienst - zu schaffen. Die bereits unter der Federführung der ehemaligen Bundesministerin für öffentliche Leistung und Sport getätigten Vorbereitungen sollen in das neue Bundesmitarbeitergesetz einfließen. Da also seitens der Bundesregierung eine Harmonisierung der Besoldungssysteme angestrebt wird, ist an die Schaffung von nach Bundesländern differenzierten Besoldungsebenen nicht ge-

Zu den Fragen 4 und 6

In Österreich liegt derzeit das durchschnittliche faktische Pensionsantrittsalter von Exekutivbeamten bei 57,5 Jahren, das gesetzliche Pensionsalter bei 61,5 (§ 15 BDG) bzw. 65 Jahren (§ 13 BDG). Einen Vergleich mit anderen europäischen Staaten herzustellen ist nicht möglich, weil mir das diesbezügliche Zahlenmaterial nicht vorliegt, weil die einzelnen Pensionssysteme aufgrund ihrer Unterschiede unvergleichbar sind und weil die Sicherheitsorgane in den Mitgliedstaaten der EU unterschiedlich organisiert sind.

10

Kaisermühlentunnel und Guntramsdorf

"Section Control" - das neue Radar

wei Kameras, eine Strecke. Am Beginn und am Ende einer jeder Messstrecke scannen Kameras oberhalb der Fahrbahn die Fahrzeuge. Ein Computer errechnet, wie lange ein jedes Auto für die Strecke benötigt hat. Im Fall Kaisermühlentunnel ist prinzipiell jeder verdächtig, der weniger als eineinhalb Minuten für die etwas mehr als zwei Kilometer lange Strecke benötigt.

Die Daten werden direkt an die Verkehrsleitzentrale in der Rossauer-Kaserne geleitet. Jene der braven Autofahrer werden angeblich sofort wieder gelöscht.

Probebetrieb ab Ende Juni

Die Anlage beim Kaisermühlentunnel geht Ende Juni in Probebetrieb, die mobile bei Guntramsdorf wenige Tage später.

Je zwei Männer überwachen im Schichtbetrieb einen Teil des Verkehrs in Wien in der Überwachungszentrale nahe der Donauuferbahn. Dort beobachten sie auf ihren Monitoren die Bilder, die ihnen ca. 200 Kameras liefern. Speziell im Kaisermühlentunnel sollte man sich genau an die Regeln der StVo halten. Dort sind nicht nur Überwachungskameras montiert, sondern auch eine "Section Control". Diese erfasst sowohl bei der Tunneleinfahrt als auch bei der Tunnelausfahrt die Fahrzeuge und berechnet ihre Durchschnittsgeschwindigkeit. Liegt diese über 80 km/h, liegt der Strafzettel wenig später im Postkasten.

Eine weitere "Section Control" soll im Baustellenbereich auf der Stidautobahn, eine in der Steiermark (Laßnitzhöhe) und eine mobil bei Baustellen und Tunnel zum Einsatz kommen.

Das Meßgerät erkennt auch die Größe eines Fahrzeugs und kann somit bei unterschiedlichen Geschwindigkeiten für PKWs und LKWs Geschwindigkeitsüberschreitungen feststellen. Die gesetzliche Grundlage: §134 Abs.3b KFG

Zur Feststellung einer Überschreitung einer ziffernmäßig festgesetzten Höchstgeschwindigkeit können auch automatische Geschwindigkeitsmesssysteme verwendet werden, mit denen die durchschnittliche Fahrgeschwindigkeit eines Fahrzeuges auf einer bestimmten Wegstrecke gemessen werden kann. Dabei gilt die Messstrecke als Ort der Begehung der Übertretung. Wurden dabei auf der Messstrecke im Messzeitraum mehrere Geschwindigkeitsübertretungen begangen, so gelten diese als eine Übertretung. Erstreckt sich die Messstrecke auf den Sprengel mehrerer Behörden, so ist die Behörde zuständig, in deren Sprengel das Ende der Messstrecke

Schon jetzt ist die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit nur mehr mit einer extremen Belastung der Beamten möglich. Die Tätigkeiten der Exekutive beschränken sich fast ausschließlich auf die Aufklärung und vernachlässigen völlig den weit aus wichtigeren Bereich der Vorbeugung.

Die AUF/FEG hat sich immer dafür ausgesprochen, dass das Einsparungspotential im Verwaltungsbereich vorrangig zur Erhöhung der Effizienz im Außendienst verwendet werden soll und nicht zur Budgetsanierung.

> Der AUF/FEG Zentralausschuß/Bundesvorstand

Resolution gegen die Einsparung von 1.800 Planstellen im BMI

Die AUF/FEG fordert, dass...

...der ÖVP Innenminister Strasser im Ministerrat (Einstimmigkeitsprinzip) Einsparungen von Personal im Bereiche des BMI nur zustimmt, wenn davon der exekutive Außendienst nicht betroffen ist Die Resolution wird wie folgt begründet:

Das Regierungsübereinkommen sieht die Einsparung von 10 000 Planstellen im öffentlichen Dienst vor. Das BMI ist mit der Einsparung von 1800 Planstellen überdurchschnittlich betroffen.





Kottan in Gold

auptmann Karl-Heinz Grundböck (damals urlaubsbedingt stellvertretender Kommandant im Bezirk Mödling) erhält den Kottan in Gold für sein überzogenes und im vorauseilenden Gehorsam – manche meinen auch aus Wichtigtuerei – an den Tag gelegtes Verhalten bei der Suspendierung eines verdienten Kollegen, weil er mit "aufrechtem?" Rückgrat mehr hinter dem Delinquenten als vor seinem Kollegen gestanden ist.

Ein amtsbekannter "Fladerer" und "Raufer" beschuldigte im Zuge einer Amtshandlung einen mit mehr als 20 Belobigungszeugnissen ausgezeichneten

...an Hauptmann Karl-Heinz Grundböck für überzogenes Verhalten bei einer Suspendierung

und verdienten Kollegen der Gendarmerie, indem er angab, von diesem geschlagen worden zu sein. Diese Falschaussage ließ sich der Gendarm natürlich nicht gefallen und klagte zivilrechtlich. Wie nicht anders zu erwarten gab ihm das Gericht recht und verurteilte den "Falschaussager" zu einer Geldstrafe bzw. Schadenersatz. Der Verurteilte hat den gesamten Schaden bereits gutgemacht.

Hptm Grundböck gehört überdies zu den Gründungsmitgliedern des Vereines "Amnesty-International Vereinigung 133" und befasst sich mit einem Ethikkatalog für die Polizei. Manche meinen hinter vorgehaltener Hand, dass er sich deswegen, aus reiner Profilierungssucht, unverhältnismäßig überzogen gegenüber Kollegen verhält. Vielleicht wäre es angebracht Hptm Grundböck zur Entscheidung anzuhalten, ob er auf der Seite der Exekutive oder eher deren Kritiker stehen will. Falls er sich für die Exekutive entscheidet, sollte ihm die Teilnahme an einem Kurs für Menschenführung ermöglicht werden. Denn bis heute hat er kein Wort des Bedauerns gegenüber dem gedemütigten Beamten gefunden.

Rechtsschutz für Exekutive

Jie von der AUF seit mehreren Jahren gefordert, wurde die vom Nationalrat 2002 beschlossene Gruppenrechtschutzversicherung für Beamte des Exekutivdienstes und Vertragsbedienstete im Exekutivdienst abgeschlossen. Versicherung ist die ARAG, Allgemeine Rechtschutzversicherungs-Aktiengesellschaft

Gegenstand der Versicherung:

Sind die Kosten einer zweckentsprechenden Rechtsverteidigung, die einem Beamten, gegen den wegen des Verdachtes einer in Ausübung des Dienstes begangenen gerichtlich strafbaren Handlung Anzeige erstattet wurde, daraus erwachsen.

Die Anwaltskosten werden auch in jenen Fällen übernommen, in denen die Anklage auf eine Vorsatztat lautet.

Bei einer Verurteilung wegen der Vorsatztat sind die entstandenen Kosten allerdings zurückzuzahlen.

Was gilt als Versicherungsfall:

Der Versicherungsfall gilt in dem Zeitpunkt als eingetreten, in dem erstmals Anzeige wegen eine gerichtlichen strafbaren Handlung gegen die versicherte Person erhoben wurde.

Was ist vom Versicherungsschutz ausgeschlossen:

die Wahrung rechtlicher Interessen mitversicherter Personen untereinander und gegen den Versicherungsnehmer, Versicherungsfälle, die dem Versicherer später als zwei Jahre nach Beendigung des Versicherungsvertrages gemeldet werden,

Versicherungsfälle vor Verwaltungsund Disziplinarbehörden. Sobald Anzeige erhoben wurde, kann sich der Exekutivbedienstete an einen (freie Wahl) Anwalt wenden um Rechtsbeistand zu erhalten. Er ist jedoch verpflichtet, unverzüglich der ARAG Mitteilung darüber zu erstatten.

Kriminalstatistik 2002

Zahl der Straftaten steigt, aber Aufklärungsquote sinkt

Die neueste Kriminalstatistik ergibt ein alarmierendes Bild:

Laut Kriminalstatistik des Innenministeriums für das Jahr 2002 stieg in Tirodie Zahl der bekannt gewordenen Straftaten gegentüber dem Jahr 2001 von 44.546 auf 49.429. Das sind 11(!) Prozent. Die Aufklärungsquote hingegen ging um 0,9 Prozent zurück. Nicht nur für SPNR Gisela Wurm ein Alarmzeichen.

Wie Innenminister Ernst Strasser verlautet, setzen sich die 49.429 bekannt gewordenen Straftaten aus dem Jahr 2002 folgend zusammen: 8454 richteten sich gegen Leib und Leben, 33.939 gegen fremdes Vermögen und 293 gegen die Sittlichkeit. Im Jahr zuvor betrugen die Ziffern noch 8078 beziehungsweise 29.789 und 244. Die Aufklärungsquote hingegen ist um 0.9 Prozent gesunken.

Wie Strasser feststellt, sind die Delikte im Bereich der Bandenkriminalität, des Taschen- und Ladendiebstahls bzw. des Einbruchs mit 16,6 Prozent am stärksten gestiegen. Es sei aber nichts Neues, sondem alte Erfahrung, dass diese Straftate, die in der Anonymität passieren, die kleinste Chance auf Aufklärung haben.

Kritik gibt es von Strasser generell an der Arbeit der Polizei, die viel zu viele innerbetriebliche Schritte bis zur tatsächlichen Bearbeitung des Falles brauche.

Noch heftiger die Kritik der Tiroler SP-NR Gisela Wurm – allerdings am Minister: "Trotz eklatanter Zunahme der Straftaten werden bei der Polizei reihenweise Wachzimmer geschlossen und Posten nicht nachbesetzt." Wie Polizisten selbst beklagen, würden Akten nur mehr verwaltet werden. Aufklärung sei deshalb nicht mehr möglich.

© 2003-06-17 by "Neue Kronen Zeitung" von Werner Kriess

AUTO-HAHN



KFZ-Handel

Eintausch-Finanzierung

Untere Bahnstraße 24, 4061 Pasching

Telefon: 07221/87 224 Mobil: 0664/25 28 810

www.auto-hahn.at



FRAS-, BOHR- UND



A-5023 Salzburg Bachstraße 66 Telefon: 0662/66 06 77 Fax: 0662/66 06 77-4



PIZZERIA • RISTORANTE

5204 STRASSWALCHEN, BRAUNAUER STRASSE 4

UNSER PIZZASERVIE BIETET IHNEN ZUSTELLUNG UND SELBSTABHOLUNG UNTER DEN TELEFONNUMMERN:

06215/55 66 • 0664/211 95 08

ÖFFNUNGSZEITEN: MONTAG: 17 - 23 UHR DIENSTAG - SONNTAG: 11 - 14 UND 17 - 23 UHR



Dr. Ulrike Nesser

Facharzt für Augenheilkunde und Optometrie A-4020 Linz, Schiffmannstraße 7 Telefon: 0732/38 02 18

Ordinationszeiten:

Montag und Mittwoch 14 - 18 Uhr Dienstag und Donnerstag 9 - 13 Uhr Freitag 8 - 12 Uhr

Cafe Tiffany

Veronika Lechner

A-4030 Linz, Wüstenrotplatz 2 Telefon: 0732/30 61 90

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag von 9 bis 24 Uhr Samstag von 9 bis 17 Uhr

EXEKUTÍV

A-8054 Graz/Seiersberg Kärntner Straße 518 Telefon: 0316/28 71 51-0 Telefax: 0316/28 71 51-9

E-Mail: office@exekutiv-verlag.at

GASTHAUS FROSCHBERG **David Dostl**

4020 Linz, Kudlichstraße 21, Volkshaus Telefon: 0732/65 04 45, Fax: DW 4

Extrazimmer für Familien- und Firmenfeiern, Mittagsmenüs, Hausmannskost Spezialitätenwochen schattiger Gastgarten, Parkplätze

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 10 bis 23 Uhr Samstag Ruhetag! Sonn- und Feiertag von 10 bis 14 Uhr

Seminar **AUF/FEG in Vorarlberg**

7 om 19. 5. bis 21. 5. 2003 fand in Silbertal/Vorarlberg ein Seminar der AUF/FEG statt.

Das Seminar war natürlich überschattet von den Ereignissen der letzten Monate. Grundtenor war, dass das Vertrauensverhältnis zwischen vorgesetzter Behörde und Beamte nicht mehr gegeben ist. Noch mehr Luft machten die Teilnehmer ihrem Ärger, dass das Finanzministerium über tausend Zollwachebeamte festhalten will, obwohl zugesichert wurde, dass die Betroffenen frei entscheiden können.

Von der Landessektion Steiermark wurde dem Bundesvorstand ein Konzept überreicht, dass die Möglichkeit enthält, die Zollwache samt Aufgabenbereich in das Innenministerium zu transferieren.

Seitens des Bundesvorstandes wurde auch Einigkeit von den Zollwachebeamten eingefordert; die Zollwache besteht lt. Bundesministeriengesetz auch nach dem 1. Mai 2004 weiter. Erst die Konzeption des Innenministeriums wird Aufschluss darüber geben, was die Kollegen im Innenressort erwartet. Wenn bereits jetzt einzelne Kollegen im Innenressort wegen ihrer Dienststelle intervenieren, mag das aus ihrer Sicht (Existenznöte, Angst im BMF bleiben zu müssen) legitim sein. Die AUF verurteilt aber eine solche Vorgehensweise aufs schärfste, weil sie den Gesamtinteressen der Kollegenschaft der Zollwache - geordnete Übernahme ins BMI, Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse, Mitwirkung der Personalvertretung zuwiderläuft.

www.auf.at www.feg.at



Unter uns gesagt

von Michael Preininger

Im Land der Lügen - Zerschalgung der Zollwache

Das Coper des deutschen renommierten Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" vom 19.05.03 trug die Headline "Die Stunde der Wahrheit/Im Land der Lügen". Als ich die Schlagzeile las, fühlte ich mich sofort an die Versprechunoen und Zusagen erinnert, die mir und iedem anderem Zollwachebeamten schriftlich gegeben wurden. Ich will mich darüber sicher nicht auslassen, denn als gelernter Österreicher beuge ich mich der Mehrheit unserer Kollegen, die sich ihrem Schicksal ergeben und diese Fehlentscheidung mit einem typisch österreichischen "Kannst eh nix machen" hingenommen haben. Auch kann ich als politisch denkender Mensch Finanzminister Grasser und Staatssekretär Finz keinen Vorwurf machen, weil sie ihre Zusagen nicht eingehalten haben, denn: "Wahrhaftigkeit zählte niemals zu den politischen Tugenden, und die Lüge galt immer als erlaubtes Mittel in der Politik" (Zitat der Politologin Hannah Arendt). Also ist das, was unsere höchsten Ressortvorgesetzten mit uns getan haben, eine für die Maßstäbe der Politik legitime Vorgangsweise. Nun, wenn man sich so wie ich mit seinem Beruf identifiziert und ihn aus Überzeugung ausübt - und ich spreche wahrscheinlich den meisten Zollwachebeamten aus dem Herzen - dann ist es für mich, als wenn man meinen Beruf - symbolisch gesehen - langsam umbringt.. Der versinnbildlichte Mord an einer 173 Jahre alten Institution. Aber - die Zerschlagung der Zollwache hat viele Väter, wie Cäsar, als er auf den Stufen des römischen Senates von mehreren Senatoren niedergemetzelt wurde.

1. Einige der Klingenschwinger sitzen im Innenministerium. Immer schon blicken sie neidvoll auf unseren erfolgreichen Wachkörper und ständig sticht ihnen dieser Dorn ins Auge, weil wir Tätigkeiten mit vollziehen, die eigentlich in der Zuständigkeit des BMI liegen.

2. Zugestochen hat auch die Regierungspartei ÖVP. Man wartete den 24. November 2002 ab, lockte den naiven Zollwachelämmchen mit schriftlichen Zusagen und Versprechungen das Kreuzerl für die ÖVP ab und führte sie nach dem Wahltag zur Schlachtbank. Wie freuten sich doch die Personalvertreter der FCG über den fulminanten Wahlsieg ihrer Mutterpartei. Unbewusst halfen sie mit, die Zollwache auf den

Opferaltar zu legen 3. Besonders heimtückisch in der Rolle des Brutus gefiel sich der zivile Zoll. Ich möchte hier aber differenzieren. Ich meine nicht jene Kollegen die verstanden haben, dass wir in einer zukünftigen erweiterten EU einander brauchen werden und eine intensive Zusammenarbeit zwischen zivilen Zoll und Zollwache als zukunftsweisend und -sichernd erkannt haben. Gemeint sind jene Wadlbeißer des zivilen Bereiches, die immer neidig auf unsere Zulagen geschielt haben. Gemeint sind auch jene Personalvertreter des zivilen Zolles die sich, seit unser Wachkörper an das Innenministerium verkauft wurde, wie Bluthunde auf uns stürzen. Gemeint sind auch jene Landeszollinspektoren, die absolut keine Ahnung von der wachespezifischen Natur einer Zollwache haben und die Zollwache personell totgespart

haben. Im Rahmen der Reform reichte die Zollwache dem zivilen Zoll die Hand zur Zusammenarbeit. Dafür bekamen wir ein Messer in den Rücken.

4. Auch die Wirtschaft stieß die Klinge in unseren Leib. Die heraufträuende Osterweiterung bringt eine Zunahme des gewerblichen Güterverkehrs mit sich. Der Transitvertrag ist so gut wie tot und durch Österreich wird eine ungehemmte Flut von verbotenen Waren strömen. Wen juckts? Durch das Auslöschen des einzig effektiven Kontrollmechanismus des Warenverkehrs - der Zollwache - können Konzerne, Frächter und Speditionen nach Lust und Laune agieren.

Noch ein persönliches Wort: leder, der in den letzten Jahren meine Artikel gelesen hat und die Kollegen die mich persönlich kennen wissen, dass sich die AUF-Zollwache sehr engagiert für einen Fortbestand der Zollwache im Finanzministerium eingesetzt hat. Weil wir von unserer Arbeit überzeugt waren und es nach wie vor auch noch sind. Uns wurden auch entsprechende Signale vermittelt. Und Zusagen wie jene schriftliche von Staatssekretär Finz, kurz vor der Nationalratswahl 2002. Ich trage diesen Brief schön gefaltet immer bei mir, damit ich nicht vergesse, wie meine Loyalität als Zollwachebeamter missbraucht wurde. Das ist der eindeutigste Beweis, dass uns die Unwahrheit gesagt wurde. Aber: Es ist nicht die Lüge, die mich persönlich schmerzt. Sondern es ist der Eindruck, den ich vermittelt bekomme, dass meine Arbeit für diese Entscheidungsträger keinen Wert hat. Denn wie ist es sonst zu erklären, dass man den für den Fall der Ostererweiterung mobile Überwachungsgruppen des Zolles auf Basis exekutiver Vollziehung aufbaut und dann politisch entscheidet, dass man sie doch nicht braucht. Na, die Zeiten ändern sich. Und die politische Landschaft hat sich eben verändert. Das sind Antworten, die mich überzeugen sollen, dass meine und eure Arbeit für das Finanzministerium nicht mehr wichtig ist. Es ist aber auch ein Zeichen, das wir einer neuen Zeit entgegen gehen. Nicht nur die Zollwache ist davon betroffen, sondern fast alle Bereiche des öffentlichen Dienstes, der Verwaltung und der Exekutive. Das österreichische Finanzministerium der Republik Österreich hat seinen Teil dazu beigetragen, 2.000 Zollwachebeamte zu demotivierten Gehaltsempfängern zu degradieren. Jene Entscheidungsträger, die für die Vernichtung der Zollwache verantwortlich sind, sind Teil eines politischen Systems, dass von Notwendigkeiten bestimmt ist. Hier scheinen Werte wie Überzeugung, Idealismus, Moral, Charakter nicht zu den Bestandtei len des menschlichen Daseins zu gehören. Die Organisation der Zollwache wird es weiterhin laut Bundesministeriengesetz auch im Innenministerium geben? Das ist so wie ein Name der auf einem Grabstein steht. Den Namen gibt es - das ist aber schon alles. Aber damit es nicht soweit kommt, braucht es Idealisten, Träumer und Philosophen. Männer und Frauen, die wissen, dass sie es unserem Beruf schuldig sind für ihn einzustehen und nicht nur unglückliche Lohnempfänger

Eine neue Herausforderung

Zollwache im Innenministerium!

ie Übernahme der Zollwache in das Innenministerium stellt die AUF/ FEG-Zollwache vor eine neue Herausforderung.

Mit Redaktionsschluss dieser Blaulicht-Ausgabe (25. Mai 2003) stellt sich die Situation der Zollwache folgendermaßen dar: Seitens des Finanzministeriums wurde der Personalvertretung eindeutig vermittelt, dass es in Zukunft keinen Wachkörper innerhalb dieses Ressorts geben wird. Die Berufung der Personalvertretung auf vorher getroffene Vereinbarungen erwies sich als zwecklos.

Tatsache ist - und es wird mit Nachdruck für jene darauf hingewiesen, die nach wie vor mit schriftlichen Zusagen und Versprechungen argumentieren - dass am 1. Mai 2004 die Zollwache im Bundesministerium für Finanzen als eigenständiger Wachkörper nicht mehr existiert. Das ist von den Entscheidungsträgern gewollt und gewünscht.

Aufgrund des Bruches der Vereinbarungen des Bundesministeriums für Finanzen mit der Personalvertretung der Zollwache ist die AUF gezwungen, ihre Prioritäten zu ändern. Entsprechend der neuen Vorgaben wurde von uns ein Forderungskatalog erstellt, der die neue Situation berücksichtigt. Dieser Forderungskatalog ist unabhängig von der Konzeptarbeit des Lenkungsteams im Finanzministerium zu sehen, das sich mit dem erzwungenen Verbleib von ca. 1.000 Zollwachebeamten beschäftigt, obwohl diesem Team kein einziger Zollwachebeamter angehört.

Die AUF/FEG-Zollwache hat zum Erscheinungstermin dieser Blaulicht-Ausgabe politischen Entscheidungsträgern ein fertiges Konzept übermittelt, dass einen Fortbestand der Zollwache innerhalb der Innenministeriums sichern könnte

Grundthema ist die Übernahme des gesamten Personalstandes mit allen im Bereich des Zoll-Betruges angesiedelten Aufgaben und Kompetenzen. Details werden hier keine bekannt gegeben, weil Gegenmaßnahmen seitens des Finanzministeriums zu befürchten sind.

Kernstücke des Forderungskataloges sind: 1. Laut Auskunft der Dienstbehörde ist nach wie vor unklar, was mit den 1.029 Zollwachebeamten geschehen soll, die voraussichtlich im BMF verbleiben sollen. Auf Anfrage durch die AUF/FEG wo sich exakt die Arbeitsplätze jener 1.029 Zollwachebediensteten befinden.

konnte anlässlich einer Präsentation nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Tatsache ist, dass es für die Zollwachebeamten, die im BMF bleiben müssen, eine gravierende finanzielle Einbuße bedeuten würde. Das Einfrieren der Biennalsprünge und die sogenannte "aufsaugbare Ergänzungszulage" garantieren nur massive Verluste für jeden einzelnen Beamten.

- 2. Die bevorstehende Osterweiterung birgt nicht nur ein erhöhtes Gefahrenpotential an Wirtschaftskriminalität. Auch die Öffnung der Grenzen zu Ländern, die nachweisbar als Heimstätte der organisierten Kriminalität gelten, beweist, dass eine verstärkte Kontrolle des gewerblichen Schwer- und Güterverkehrs notwendig ist. Zusätzlich gibt es in den Beitrittsländern der ehemaligen Ostblockstaaten laut Berichten der EU und weiterer Institutionen einen hohen Anteil an Korruption.
- Seitens des Rates der Europäischen Union wurde bereits festgestellt, dass es für Österreich keine Ausnahmeregelungen in der Transitfrage geben wird. Das bedeutet eine unkontrollierte Warenflut - die Verboten und Beschränkungen unterliegen - die nach und durch Österreich und damit in die europäische Union gelangen wird. Nachdem die

Zollwache in abgaben- und finanzstrafrechtlichem Bereich schwerpunktmäßig ausgebildet ist, kann die logische Folge nur eine Übernahme des Wachkörpers mit seinem spezifischen Aufgabenbereich sein.

. Damit die Kriterien, die von der EU vorgegeben sind eingehalten werden können, kann sich das BMF vorstellen, zur Sicherung der Einbringung von Abgaben weiter mobile Einheiten einzusetzen. Natürlich nicht als Wachkörper, sondern als zivile Einheit, die sich für die Anhaltung von Kraftfahrzeugen der Gendarmerie bedient. Das ist strikt abzulehnen, weil das BMI mit Übernahme der Zollwachebediensteten über ein bereits im Zollrecht spezifisch geschultes Personal verfügen würde, dass zusätzlich über eine profunde Ausbildung im exekutiven Zwangsbereich verfügt. Der zivile Bereich wäre überhaupt nicht in der Lage, Zwangsmaßnahmen zu setzen, weil er dazu weder über die nötige Ausbildung verfügt noch die gesetzliche Befugnis hat. Außerdem widerspricht dieses Konzept dem Vorhaben der Bundesregierung, Doppelgleisigkeiten abzubauen. Die Bundesregierung der Republik Österreich wird ja wohl nicht ihrem eigenen Programm widerspre-

Überstellung vom Exekutivdienst in den Verwaltungsdienst

Rechtsansicht des Finanzministe-riums ist, dass jene, die nicht in das Innenministerium übertreten dürfen, aber auch nicht freiwillig im Finanzministerium bleiben wollen und weiterhin nach dem E-Gehaltsschema besoldet werden, nur das "nackte" Gehalt, also ohne Zulagen bekommen. Keine Gefahrenzulage, keine Wachdienstzulage, keine besondere Wachdienstzulage und natürlich keine Funktionszulage. Begründet wird dies natürlich damit, dass alle diese Zulagen an eine spezifische Wachetätigkeit geknüpft sind, die es nach dem 1. Mai 2004 im Finanzministerium nicht mehr geben wird. Ein Berufungsverfahren gegen die Streichung der Zulagen hätte auch keine aufschiebende Wirkung.

Das Angebot die B-Matura nachholen zu dürfen, ist nach wie vor eine unausgegorene Sache. Viele Fragen sind diesbezüglich noch offen:

- 1. Wie schaut die Unterstützung durch das BMF im Detail aus? Muss der Beamte dafür seine Freizeit opfern oder wird ihm dafür Dienstzeit zur Verfügung gestellt!
- 2. Wer übernimmt die Kosten für die Weiterbildung?
- . Wenn ein Beamter die B-Matura nachgeholt hat, bedeutet das, dass er sofort eine adäquaten Posten erhält

Statt zu klären, wie die Zukunft der Zollwachebeamten aussieht und welche Perspektiven in BMF und BMI zu erwarten sind, versucht das Finanzministerium die Kollegen unseres Korps mit einem vagen Angebot zu fangen.

komplett bau

- Umbau Ausbau
 - Rauchfangsanierung
 - Tankstellenbau
 - Fassadendämmerung

6111 Volders, Wattener Weg Telefon: 05224/54 750, Fax: 05224/764 E-Mail: komplettbau@aon.at



INH.: W. WEICHSELBAUMER 4020 LINZ. HARRACHSTRASSE 33 TELEFON: 0732/77 36 54

> Diplom Tierarzt Vet.R Dr. med.vet Peter Hatzl

Fachtierarzt für Pferde FEI - Tierarzt



Kleintierordination

Di, Mi, Do, 10 - 11 Uhr Mo, Di, Mi, Fr, 18:30 - 20 Uhr und nach tel. Vereinbarung

A-4020 Linz Wienerstraße 3 Tel & Fax 070 653 554

A-4232 Hagenberg Mahresdorf Tel: 07236 27 54 Mobil 0664 926 59 83



telefon: +43 (0) 70/78 42 44-10 telefax: +43 (0) 70/78 42 44-99 Eisenhandstraße 35 mobil: +43 (0) 699/14 15 38 48 A-4020 Linz e-mail: office@hcs-hydraulic.at



A-4020 LINZ/DONAU **ESTERMANNSTRASSE 14** Telefon: 0732/77 96 68-0 Telefax: 0732/77 96 69





EDER-STÜBERL

Inhaberin: Johanna Eder Linzerstraße 4, A-4050 Traun Telefon: 07229/72 126

TÄGLICH MITTAGSMENÜ!

Textilreiniqung Gerda Gattringer Wäscherei

A-4020 Linz Figulystraße 7

Telefon: 0732/66 76 33 Mobil: 0676/526 51 33 E-Mail: gg28796@ione.at



E2a-Kurs kommt!

Nur eine intakte

Karrierechance

ist ein Ansporn

für unsere Iu-

gend.



Josef Steiner/ZA

pie AUF/FEG bem ü h t e sich seit Monaten und der Fortführung der Dienstführendenausbildung.

Nach vielen Monaten der Überzeugungsarbeit ist es gelungen den Herm Innenminister von dieser Notwendigkeit zu überzeugen. Die Dienstführendenausbildung wir wieder aktiviert....

Der Grundausbildungslehrgang für Dienstführende soll am 15. 9. 2003 beginnen und im April 2004 enden. Die Austicken

bildung wir wieder aktiviert....
Der Grundausbildungslehrgang für
Dienstführende soll am 15. 9. 2003 beginnen und im April 2004 enden. Die Auswahlprüfungen sollen im Juni – Juli anlaufen. Die Anzahl der Lehrgangsplätze für die Gendarmerie ist noch offen. (mit ca. 100 wird gerechnet.) Es sind 10 Klassen vor-

gesehen. 4 in Traiskirchen und 6 in Wien.

SPENDENAUFRUF

ße finanzielle Sorgen dazu. Beide

Kollegen hinterlassen eine Gattin

und unversorgte Kinder. Bitte

überweist die Spenden auf das

Konto, 25611603602 bei der Bank

Austria BLZ 20151. (Verwen-

dungszweck: "Nussbaumer" oder

SOZIALTOPF

die Spendenaktion mit ei-

dung aus dem Sozialtopf.

ner großzügigen Zuwen-

Mit bestem Dank für

Eure Unterstützung

verbleibet das AUF-Team.

AUF/FEG unterstützt

reben den menschlichen

Schmerz kommen auf die

Hinterbliebenen auch gro-

	Anzahl der zur Auswahlprüfung zugelassenen Bewerber							
	Gendarmeriedienst	Kriminaldienst	Sonderverwendung					
Burgenland	63	6	1					
Kärnten	18							
Niederösterreich	133	12	7 (EDOK)					
Oberösterreich	52							
Salzburg			5 (LGK)					
Steiermark	55	8	4 (EKO)					
Tirol	26	1						
Vorarlberg	18	1						
EKO Cobra			22					
BVT			2					
BKA			17					
Flugpolizei			2					
BMI			6					

RevInsp Peter Spörk 28. Jänner 1963 – 27. Juni 2003

In tiefer Trauer geben wir die Nachricht, dass unser langjähriger Kollege, Mitstreiter und Freund Peter Spörk am 27. Juni 2003 nach langer, schwerer Krankheit verstorben ist.

Die AUF-Personalvertreter



Die Leibchen sind in allen Größen erhältlich und kosten

pro Stk. € 11,50

Kontakt:

Werner HERBERT: 0664/520 40 96 Werner TOBISCH: 0676/611 86 44

www.auf.at www.feg.at



Josef Nussbaumer 21. März 1959 – 22. Mai 2003

In tiefer Trauer geben wir die Nachricht, dass unser langjähriger Kollege, Mitstreiter und Freund Josef Nussbaumer am 22. Mai 2003 völlig unerwartet im Dienst an den Folgen eines schweren Verkehrsunfalls verstorben ist.

Die AUF-Personalvertreter

Irrwegeeines Berufspolitikers



Hubert Erich

"Keine Ausnahme bei der Harmonisierung der Pensionssysteme, auch nicht für die Exekutive..." meinte kürzlich der Statthalter von Vorarlberg Dietmar Egger. Der Herr Statthalter verdient als Berufspoliti-

ker etwa das 4-fache eines Exekutivbeamten und hat keine Ahnung, was es heißt sich zahllose Wochenende, unzählige Nächte usw. für die Sicherheit um die Ohren zu schlagen (Dienstmachen). Er hat offensichtlich keine Ahnung wie es ist, bei jeder Witterung hinaus zu müssen. Ja, er kann nicht einmal annähernd abschätzen welchem Stress man bei der Erhebung schwerer Unfälle, Einvernahme von Straftätern, Hausdurchsuchungen, Streitschlichtungen, Waffengebrauch usw. ausgesetzt ist. Er weiß nicht welche psychische und physische Auswirkungen es hat, wenn man diesen Job 30 Jahre und mehr ausübt. Aber eines weiß er sicher: Berufspolitiker scheinen sich verpflichtet zu fühlen sich bei ieder passenden und unpassenden Gelegenheit zu Wort melden zu müssen, wenn's auch nur darum geht, das eigene Salär zu rechtfertigen.

Die AUF/FEG Funktionäre und Sympathisanten sind freiheitliche aus tiefster Überzeugung. Uns bedeutet es etwas, wenn man für Gerechtigkeit einsteht. Gerechtigkeit heißt aber nicht, alles nach dem "Rasenmäherprinzip" gleichzumachen, sondern Leistungen anzuerkennen, Erschwernisse zu berücksichtigen und Privilegien abzuschaffen. Denken sie einmal darüber nach – Herr Statthalter.

Landesstatthalter Dieter Egger Gf. Landesobmann

Geboren: 13. Jänner 1969

Erlernter Beruf: Betriebswirt Ausgeübter Beruf: Landesstatthalter



Seit 5. 3. 2003 Mitglied der Vorarlberger Landesregierung als Landesstatthalter, zuständig für die Ressorts:

- Straßenbau
- Hochbau
- AbfallwirtschaftWasserwirtschaft
- Gewässerschutz

Maschinenbau)

- · Wildbach- und Lawinenverbauung
- Wildbach- und Lawinenverbaut
 Technische Dienste
 (Seilbahnwesen, Elektrotechnik,

Populistischer Innenminister?

Es spießt sich bei der versprochenen Teilsanierung des Gendarmeriepostens TRAUN/OÖ

Vor mehr als 6 Monate, mitten im Nationalratswahlkampf 2002, besuchte der Innenministers den Gendarmerieposten Traun. Kaum war dieser Besuch angekündigt setzte dort reges Treiben ein. Neben dem üblichen Großputz wurde ein ortsansässiger Baumeister beauftragt, umgehend symbolisches Baumaterial herbeizuschaffen, da dieser Besuch des Innenministers offensichtlich in engem Zusammenhang mit der Teilsanierung

des Gendarmeriepostens bzw. Bezirksgendarmeriekommandos stand. Ein eindrucksvoller Besuch mit symbolischem Spatenstich fand statt.

Jetzt, Monate später – das symbolische Baumaterial war längst weggeräumt, wartet man in Traun noch immer auf den Beginn der Teilsanierung. Hoffentlich nicht bis zur nächsten Nationalratswahl! Josef Wagenthaler/ZA



gesagt

von Martin Schoder

Trotz Verunsicherung hoch motiviert

Bei verschiedenen Dienststellenbesuchen wird man als Personalvertreter heute mit Fragen bombardiert: Wie heißen wir in Zukunft - Polizei oder Gendarmerie? Haben wir die neuen Uniformsorten umsonst bestellt? Kommt ein Landeskriminalamt? Verlieren wir den Journaldienst bei einer Zusammenlegung? Kommt wieder ein meites Plandienstwochenende? Welches Dienstsystem werden wir in Zukunft haben, jenes der Polizei oder behalten wir unser Dienstsystem? Fragen über Fragen. Antworten sind von der Personalvertretung in dieser Zeit kaum möglich bzw. muss die Personalvertretung diese Antworten häufig schuldig bleiben. Trotz der Verunsicherung bei großen Teilen der Kollegenschaft, welche aufgrund gekommener und angekündigter Reformen bereits länger zurück liegt, ist es umso verwunderlicher, dass im Kriminalitätsbericht für das Jahr 2002 gerade im Bereich der Bundesgendarmerie eine Steigerung der Aufklärungsquote zu verzeichnen ist. Dies bedeutet für mich, dass bei der Gendarmerie an der Basis, sprich auf Gendarmerieposten, bei der Autobahngendarmerie, an den Grenzdienststellen, den Kriminalabteilungen und deren Außenstellen, noch immer hoch motivierte Kolleginnen und Kollegen ihrer Arbeit nachgehen. Dies lässt aber auch den weiteren Rückschluss zu, dass die aufgeworfenen Fragen nicht unbedingt von existenzieller Bedeutung für die Kollegen der Basis sind. Die aufgeworfenen Fragen beschäftigen schon eher Funktionäre, ob sie bei einer Zusammenlegung wieder in ihren Funktionen bestätigt werden.

Die dargestellte Sachlage bedeutet für einen Personalvertreter der Gendarmerie im Allgemeinen und für die AUF im Besonderen, dass man die Motivation der Kollegen der Basis, hauptsächlich E 2b Mitarbeiter und Sachbearbeiter E 2a. unter allen Umständen erhalten muss, Damit diese Motivation erhalten bleibt, muss es auch unbedingt zu besonderen Regelungen betreffend des Pensionsantrittsalters kommen. Es ist auch nicht einzusehen, dass ein bestehendes Dienstsystem der Gendarmerie, dass sich in den letzten lahrzehnten bewährt hat und als äußerst flexibel anzusehen ist, einer Abänderung bedarf. Veränderungen und Modernisierungen sind in der heutigen Arbeitswelt selbstverständlich und auch mit Sicherheit für die Exekutive in Österreich notwendig. Soziale Verschlechterungen oder Einkommensverluste werden von der AUF aber mit Sicherheit nicht ohne Widerstand hingenommen.

Perfekter Großeinsatz der **Gendarmerie in Liechtenstein**

Fußball EM Hit Liechtenstein - England



eckham, Owen & Co in Liechten-Stein zu Gast... Ein Großaufgebot der Gendarmerie unterstützte die Kollegen der Landespolizei Vaduz bei diesem "Jahrhundertspiel" mit mehren Zügen der Einsatzeinheit Zusammen mit den "Gastgebern" und den Kollegen des Ostschweizer Polizeikonkordats wurde für "Ruhe und Ordnung" im Vaduzer Städtle und eine perfekte Premiere der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gesorgt.

Gespannte Stimmung Nachdem es im Vorfeld zu diesem EM-Qualifikationsspiel und dem gleichzeitigen Kriegsbeginn im Irak viele Gerüchte, Befürchtungen und sogar ein Ansuchen des Liechtensteiner Fußballverbandes bei der UEFA für eine Absage gegeben hatte, war die Stimmung im 30.000 Einwohner Land entsprechend gespannt. Der europäische Fußballverband sah nach einigen Diskussionen keinerlei Grund für eine Absage. Da sich aber jedoch die Hinweise auf viele anreisende englische Fans mit entsprechendem Gewaltpotential verdichteten, wurde das ursprüngliche Kontingent der Gendarmerie noch einmal entsprechend aufgestockt. Dank der problemlosen Zusammenarbeit mit den LGK's in Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und Tirol stand einer zusätzlichen Personalreserve aus "Restösterreich" nichts entgegen.

Straßenschlacht in Zürich

Bereits bei der Anreise nach Liechtenstein kam es jedoch zu Gewalttätigkeiten und Eskalationen in der Innenstadt von Zürich. Zahlreiche Hooligans lieferten sich bei der Ankunft auf dem Flughafen mit der Schweizer Polizei eine Straßenschlacht - mehrere Engländer wurden dabei festgenommen und zahlreiche Verletzte mussten ins Krankenhaus eingeliefert

Angesichts dieser negativen Randerscheinungen wurden die Sicherheitsvorkehrungen bei der Einreise von der Schweiz nach Liechtenstein entsprechend verstärkt. Strenge Kontrollen jedes einreisenden Busses nach Liechtenstein, Beschlagnahme von (perfekt) gefälschten Eintrittskarten, Fußpatrouillen im "Städtle". Einlasskontrollen, Stadionabsicherung, Bewachung von Objekten, Begleitschutz, usw. - den Kollegen aus Vorarlberg und den anderen Bundesländern war bei diesem einmaligen Dienst absolut nicht langweilig.

Hohes Aggressionspotential

Obwohl es unmittelbar vor dem Spiel durch geworfene Pflastersteine und Flaschen und auch nach dem Schlusspfiff immer wieder "brenzlige Situationen" gab, behielten die Polizei- und Gendarmeriekollegen in allen Situationen die Ruhe.

Nur durch einen entsprechend koordinierten Einsatz war es möglich, die verschiedenen "Unruheherde" und das bis dato weder in Liechtenstein noch in Vorarlberg bekannt gewesene hohe Aggressionspotential der englischen Hooligans (drei beschädigte Gendarmeriefahrzeuge, ein demoliertes Lokal, zahlreiche Sachbeschädigungen, usw.) in Griff zu bekommen. Vor allem die rund 900 Fans, die ohne Eintrittskarten bzw. mit gefälschten Tickets nach Liechtenstein angereist kamen, waren auf "Stress" aus und provozierten die Gendarmerie- und Polizeikollegen aus Liechtenstein und der Schweiz bewusst.



Perfekte Premiere

Trotz der vielen "Randerscheinungen" und "englischen Glatzköpfe" sorgte die Exekutive aus drei Ländern im Teamwork mit den privaten Wachdiensten für einen sicheren Verlauf des mit 3500 Fußballanhängern ausverkauften Länderspielabends in Liechtenstein und damit eine perfekte Premiere der grenzübschreitenden Polizeizusammenarbeit.

Zusammenarbeit über die Grenzen

Noch nie zuvor war es zu einer derart intensiven Kooperation zwischen drei Län-



dern gekommen. Problemlose Absprachen ohne langen Behördenwege zwischen den Sicherheitsverantwortlichen in den drei Ländern machten die Premiere perfekt und ist sicherlich für die Zukunft ein wichtiger Eckpfeiler für ähnliche Großveranstaltungen in Grenznähe (z.B. EM Endrunde 2008 Österreich und Schweiz).

Der Gendarmerieeinsatz in Liechtenstein war auf jeden Fall für alle Kollegen und Kolleginnen lehrreich und eine Reise

Perfekte Organisation

Mit ein Hauptgrund für den ausgezeichneten Verlauf beim "Spiel des Jahres" war auch die hervorragende Organisation des Einsatzes durch die Landespolizei Vaduz. Vom Empfang, über die laufende Information bis hin zur Verpflegung und einem eigenen Ruheraum für die anreisenden Kollegen aus den Bundesländern - es passte alles in Liechtenstein und war icherlich "EM-würdig".

Da spielte es auch keine große Rolle, dass Liechtenstein gegen England mit 0:2 den Kürzeren zog...

Markus Heim/Vbg



A-5023 Salzburg, Bachstraße 75 Telefon: ++43 (0) 662/65 02 00 Telefax: ++43 (0) 662/65 02 00-22 oder ++43 (0) 662/65 02 00-44

Gasthof Pöchhacker

Sierningerstraße 122, A-4400 STEYR Telefon: 07252/73 173, Fax: DW 13 E-Mail: gasthof.poechhacker@aon.at

> 35 Gästezimmer Speisesaal für 90 Personen

> > Donnerstag Ruhetag

PARTYSERVICE - RESTAURANT



IM BADEZENTRUM TRAUN

4050 Traun. Traunerstrasse 25 B Telefon: 07229/72 3 54 Telefax: 07229/51 4 81



Mag. Dr. Karl Heinz Pühl

Rechtsanwalt und Verteidiger in Strafsachen

- Liegenschaftsrecht Eherecht Erbrecht
- Testamentserrichtung Schadenersatzrecht
- Vertretung in Verlassenschaftssachen
- Strafrecht und Verwaltungsstrafrecht

5102 Anthering, Dorfplatz 3 (neben Voglwirt)

Telefon: 06223/203 25 Telefax: 06223/203 46 E-Mail: ra-puehl@aon.at

Kanzleistunden: Mo. - Fr. 8 - 12 u. 13 - 18 Uhr

Blumen Ursula



Schnittblumen, Topfpflanzen, Brautbinderei, Grabpflege und Bepflanzung, Trauergebinde

Friedhofgärtnerei, Telefon: 0732/71 10 07 A-4040 Linz, Friedrichstraße 20

Filiale, Telefon: 0732/22 20 88 A-4048 Puchenau, Golfplatzstraße 1 b

Fax: 0732/22 20 88, www.blumen-ursula.at E-Mail: Lehner-Fochler@blumen-ursula.at





Dr. Karl Heinz Strasser

Öffentlicher Notar

Wallpachgasse 10 A-6060 Hall in Tirol

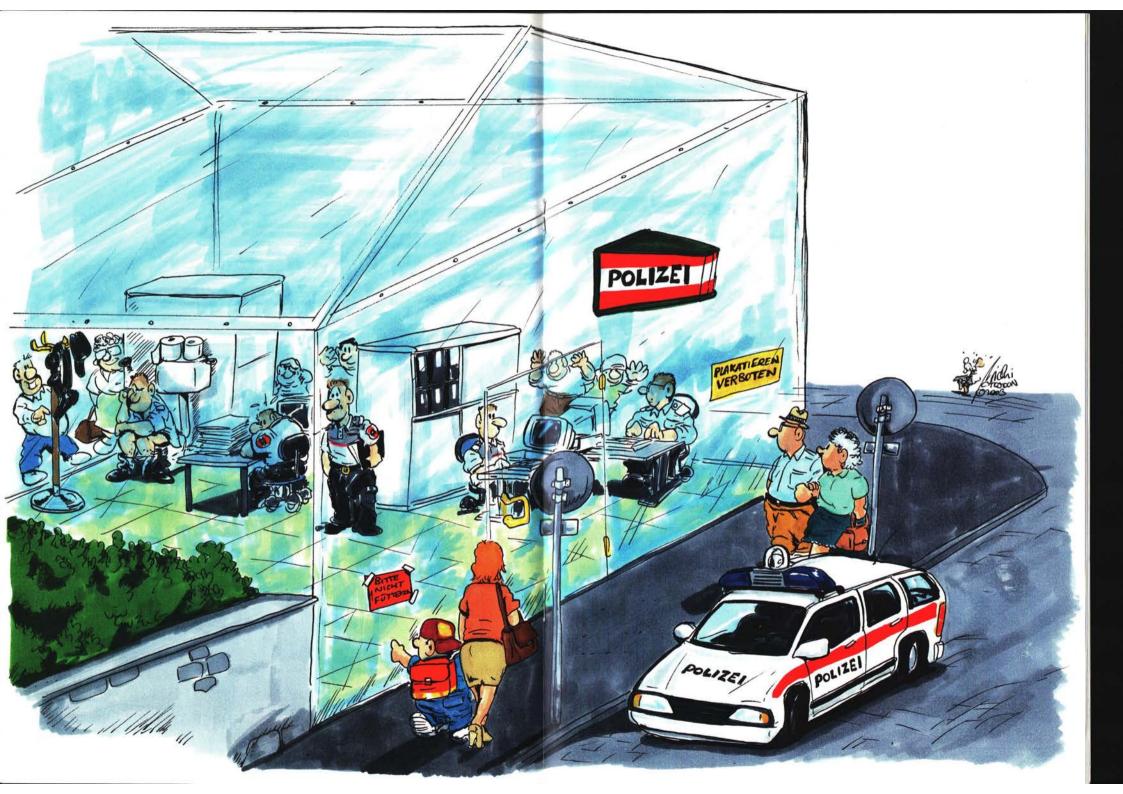
Telefon: 05223/53 303 Telefax: 05223/53 303-6



A-4273 Unterweißenbach 11 telefon: ++43 (0) 7956/72 72 fax: ++43 (0) 7956/72 72-8 http://www.gasthof-fuerst.at E-Mail: uwb@gasthof-fuerst.at



elefon: ++43 (0) 7956/79 70 fax: ++43 (0) 7956/79 70-4 email: fuerst@mv-fleisch.at ttp://www.gasthof-fuerst.at





Familie Lengauer A-4020 Linz, Landstraße 17-25 Telefon und Fax: 0732/77 05 23 Mobil: 0676/544 31 76 www.salz-und-bfeffer.at

Essensmarken werden angenommen!



Industriereinigung, Glasreinigung, Teppich- und Polstermöbelreinigung, Unterhaltsreinigung, Bauzwischen- und Feinreinigung

SCHWERPUNKT: Naturstein (Marmor, Granit, Schiefer usw.) reinigen, einpflegen, sanieren. Betonstein (Terrazzo usw.) reinigen, einpflegen, sanieren. Deckerreinigung, Fassadenreinigung (Alu, PU usw.)

> A-5101 Bergheim, Moosfeldstraße 1 Tel./Fax: 0662/45 43 47, Mobil: 0664/340 99 89 E-Mail: sauber@nextra.at, www.derreiniger.at

Der zuverlässige Partner für Sauberkeit



Gerhard ECKER

Geschäftsleitung

Steinerstraße 2 • 4400 Steyr • Telefon: 07252/75 206 • Fax: DW 20 E-Mail: office@tischlerei-ecker.at • www.tischlerei-ecker.at



Familie Graf

GASTHAUS Zur ALPE

Mittwoch RUHETAG

Redtenbachergasse 10 Leitnerberg A-4400 STEYR Tel.: 07252/544 65 Fax: 07252/544 65



Autolack-Systeme

BASF Coatings Renifsh GmbH

Gewerbestraße 25 5301 Eugendorf

Telefon: 06225/7118-0 Telefax: 06225/7118-20



Bergheimerstraße 51, A-5020 Salzburg

Auf Ihren Besuch freuen sich Ihre Wirtsleut Manfred und Reingard Würthenstätter

Telefon: 0662/45 10 71, Mobil: 0664/433 31 40

GASTHOF - PENSION

Santa

Gästezimmer mit Balkon, Dusche, Bad und WC Eigener Parkplatz und Garagen

A-4400 STEYR, Sierninger Straße 69 Telefon: 07252/72 446



Linz • Altstadt • Telefon: 0732/77 13 95



Beamtenprivilegien?

Wenn man als Exekutivbeamte im

Außendienst die Diskussion über die Privi-

legien der Beamten, die in letzter Zeit wieder besonders intensiv geführt wird, mitbekommen hat, fragt man sich wovon den hier eigentlich die Rede ist. Meint man hier etwa ienen Beamten, der dafür, dass mitunter seine Gesundheit und sein Leben oft unter schwierigsten Bedingungen riskieren muss, öffentlich bei jeden kleinsten Fehler vergessen wir. Oder meint man hier ienen Beamten der dann sofort von seinem Arbeitgeber fallen gelassen wird, weil es zumeist systembedingte Überlebensstrategie ist, ein kleines Lamm zu opfern, um sich selbst aus der Schusslinie zu bringen. Bekanntlich ist es ja kein Problem, sich als Außenminister einer deutschen Regierung öffentlich dazu zu bekennen, in früheren Jahren gerne auf Polizisten eingedroschen zu haben. Wogegen es ein Schwerstverbrechen ist, beim Versuch seinen gesetzlichen Auftrag als Exekutivbeamter nachzukommen, eine nicht hundertprozentig gesetzlich gedeckte Vorgangsweise zu wählen, siehe Fall "Omofuma". Abgesehen von diesen allgemeinen gibt es dann auch noch die ganz speziellen Privilegien, die uns immer wieder so gerne zum Vorwurf gemacht werden. Wie etwa das viel zu hohe Gehalt. Nun es scheint vielleicht verwunderlich aber ein normaler Exekutivbeamter hat nach zwanzig Dienstiahren ein Bruttogehalt von knapp EUR 1.600,-. Eine annehmbare Entlohnung ergibt sich erst, wenn man die Fülle von Zulagen für Überstunden, Nacht- und Feiertagsdienste und besondere Erschwernisse dazu rechnet. Der Clou bei dieser Sache ist, dass diese Zulagen, die ca. 30 bis 40 Prozent des Einkommens ausmachen, nur bei einer entsprechenden Dienstverrichtung zustehen. Auch haben wir schon lange das Privileg des 20-prozentigen Selbstbehaltes bei jedem Arztbesuch. Man nennt das

Leser Briefe

beim Beamten "Behandlungsbeitrag". Und schließlich noch ein letztes Privileg. dass mir ganz besonders am Herzen liegt. Die Beamtenpension! Wir zahlen einen wesentlich höheren Pensionsbeitrag, Wir zahlen später einmal einen Pensionssicherungsbeitrag. Wir bekommen für die oben angeführten Zulagen höchstens einen 20-prozentigen Zuschlag, obwohl er oftmals 40 Prozent ausmachen würde (im ASVG bekämen wir auch 40 Prozent) und wir bekommen keine Abfertigung. Von der nicht vorhandenen Obergrenze für Beamtenpensionen kann sich ein Exekutivbeamter wirklich nichts abbeißen, die erreicht er nicht einmal annähernd.

Robert NJOÖ

Zusammenlegung der Wachekörper

Die ganze Diskussion, ob wir nun "Gendei", "Polimarie" oder sonst wie heißen werden, hängt mir schon zum Hals heraus. Haben wir die letzten Jahrzehnte nicht immer wieder feststellen müssen, dass es im Bereich der Verwaltung in der Exekutive nicht zum Besten bestellt ist. Viele doppel- und Vielgleisigkeiten führten zu erheblichen Verzögerungen und machten die eine oder andere Sache fast unmöglich. Ganz abgesehen davon, dass jeder Wachekörper sein eigenes Süppchen gekocht hat und damit viele hohe und höchste Funktionen in fünffacher Ausfertigung notwendig waren. Ich sehe in der Zusammenlegung eine riesige Chance. Die Chance, einen wirklich starken und unabhängigen Wachkörper zu schaffen, der nicht von Verwaltung und Gerichten nach Lust und Laune diktiert werden kann. Dessen Verantwortung es ist, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung sicherzustellen. Gleichzeitig ist es auch eine Chance, die seit Jahrzehnten berechtigten Forderungen der Exekutivbeamten nach einem Exekutivdienstgesetz umzusetzen. Angst davor braucht jedenfalls der Außendienst nicht zu haben, denn, egal was kommt, die Arbeit wird uns sicherlich niemand wegnehmen.

Karl L/Tirol

Roter Frust

Wohin sind unsere roten Personalvertreter verschwunden? War es unter roter Regierungsbeteiligung "Solidarität" und "Notwendigkeit", die als Argumente für alle Sparermaßnahmen herhalten mussten, sind dieselben Maßnahmen jetzt unannehmbare Grausigkeiten. Es ist ihnen offensichtlich viel lieber zum Staatsboykott aufzurufen (Streik), anstatt bei den Reformen konstruktiv mitzuarbeiten. Dabei lassen sie keine noch so kleine Gelegenheit aus Frust und Verunsicherung in der Kollegenschaft zu verbreiten. Getrieben von Panik, Hilfund Ahnungslosigkeit ziehen sie durchs Land, stets darauf bedacht, dass sie keinem der anderen Fraktionen begegnen - denn die könnten einen womöglich bloßstellen. Den Rest der Zeit verbringen sie schmollend und hilfeflehend im Herrgottswinkel und beten, es möge doch eine andere Regierung kommen. Ihr dummen Rot-Köpfe, habt ihr noch immer nicht kapiert, dass wir nur gemeinsam (alle Fraktionen) stark sind? Name der Redaktion bekannt

Vertrauensbruch

Ich jammere nicht und möchte auch nicht verhehlen, dass es mir jetzt als Exekutivbeamter, nach mehr als 30 Dienstjahren im Außendienst nicht schlecht geht. Aber eines scheint in der ganzen Diskussion um die sogenannten Beamten-Pensionsprivilegien völlig in Vergessenheit zu geraten. Ich habe zu einer Zeit meinen Dienst in der Exekutive angetreten, als man in der Privatwirtschaft durchschnittlich mehr als doppelt so viel verdiente als beim Vater Staat. Ich erinnere mich noch gut, wie ich als junger Spund zu einem Getränk eingeladen wurde, weil ieder wusste was wir verdienen. Gar nicht zu reden von den dienstrechtlichen Nachteilen wie endlose Stundenverpflichtungen, Bitten um Stationsverlass usw. Alle diese Peinlichkeiten wurden ertragen, weil es einem doch einmal besser gehen würde - sagte man uns damals. Die stetig steigenden Gehälter und ein bisschen mehr Pension würden alles wieder wett machen. Jetzt, wo es bald soweit sein könnte, ist von nichts anderem mehr die Rede, als von den privilegierten Beamtenpensionen.

Name der Redaktion bekannt

Ohne Anwalt kein Wort

STRAFPROZESSORDNUNG 2005

Hine neue Strafpozeßordnung soll 2005 beschlossen werden. In dieser StPO wird auf Grund eines Spruches des Verwaltungsgerichtshofes auch ein an-

waltlicher Beistand bei einer Einvernahme verpflichtend sein. Der VwGH hat damit einem UVS-Bescheid bestätigt. in welchem einem Verdächtigen nach dem Suchtmittelgesetz eine Verletzung der Richtlinienverordnung durch die ohne Rechtbeistand erfolgte Einvernahme zuerkannt wurde. Was dieser Spruch für die Praxis im Alltag bringt, kann man mit dem Satz "ohne Anwalt sage ich kein Wort" am leichtesten erklären.

Für jeden Tatverdächtigen ist damit klar, dass er jederzeit vor oder während der Einvernahme nach einem Anwalt verlangen kann. Damit ist eine mühsam aufgebaute Vertrauensbasis zwischen dem Kriminalbeamten und dem Tatverdächtigen in Zukunft nicht mehr möglich. Im Beisein des Anwaltes wird dieser trachten, seinem Mandaten zu unterstützen und damit jedes Vertrauensverhältnis zwischen Krb und Verdächtigen zu unterbinden, weil dann wäre er als Anwalt = Person seines Vertrauens, wohl überflüssig. Für den Anwalt ist auch nicht wichtigstes Ziel die Wahrheit zu ergründen, sondern für das Strafverfahren die günstigste Aussage sei-

nes Mandanten bei einer Einvernahme herbeizuführen. Dadurch sind alle anderen Fragen um die Wahrheit zu ergründen, als nachteilig für seinen Mandanten zu sehen. Nicht, dass der Anwalt als Komplize des Täters betrachtet wird, aber er ist der Wahrheitsfindung nicht verpflichtet. Obwohl die Wahrheit nicht als Nachteil zu betrachten ist, denn alle Krb sind verpflichtet bei einer Einvernah-

kannt werden, mit der gleichen Sorgfalt zu berücksichtigen, ohne Unterschied ob sie den Tatverdächtigen ent- oder belasten.

Das Beisein eines Anwaltes bei der Einvernahme wird mich nicht beunruhigen. Es wird aber zu Verlängerungen bei Haftzeiten bzw. des Aufenthaltes auf Dienststellen kommen, da nicht zu jeder Tagesund Nachtzeit der gewünschte Anwalt für den Tatverdächtigen erreichbar sein wird. Dadurch wird es notwendig werden, einen anwaltlichen Journaldienst einzurichten und nicht nur in Wien, um rund um die Uhr erreichbar für etwaige neue Klienten zu sein. Jene altbekannten Tatverdächtigen, welche ihren langjährigen Lieblingsanwalt aus der Portokasse bezahlen, werden in Zukunft von einer noch besseren anwaltlichen Betreuung ausgehen können, wie in den letzten Jahren. Ob damit nicht eine Zweiklassengesellschaft gefördert wird und der Grundsatz "vor dem Gesetz sind alle gleich" ein bisschen verwässert wird, wird erst die Zukunft weisen.

Auch die Gerichte werden nicht glücklich sein. Denn die Zeit der umfassenden Geständnisse, auch für noch nicht bekannte Straftaten, dürfte damit endgültig vorbei sein. Damit fallen auch die stundenlangen Einvernahmen und damit sehr anstrengende Mehrarbeit für die Kriminalbeamten weg. Eine neue Variante der Einvernahme wäre dann für alle Beteiligten am besten, es könnten Formulare für jede Tat aufgelegt werden, bei denen schon die Antworten mit "multiple Choice-Auswahl" vorgegeben sind und nur mehr angekreuzt werden müssen. Damit würde auch die Aussage "ohne Anwalt sage ich kein Wort" hinfällig

me alle Umstände welche be-



Günther Perschy

Tn Wien ist ein kritisierter Versuch zu Ende gegangen, welcher schon zu Beginn als Flop feststand. Es wurden innerhalb eines festgelegten Benutzungsbereiches Fahrräder an jedermann für einen Münzeinwurf von 2 Euro verborgt. Innerstädtisch war es erlaubt diese Fahrräder für eine Fahrt zu benützen und das Fahrrad nachher wieder an einen von vielen Abstellplätzen zurückzustellen. Diese Art der Selbstbedienung wurde von sehr vielen Benützern gründlich missverstanden, nicht nur dass die Fahrräder im erbärmlichen Zustand wenn überhaupt zu einem der Terminals zurückgebracht wurden, sind doch unzählige für immer verschwunden. Diese "Viennabikes" waren besonders auffällig rosa oder blau lackiert um sie sofort zu identifizieren, wenn sie den erlaubten Bereich ihrer Benützung verließen. Es wurden aber mehrere dieser Bikes an den Grenzen abgefangen, was nicht wundert, ist doch jedes ein paar Hundert Euro wert gewesen. Der Versuch wurde eingestellt und die Fahrräder via Internet verkauft.

Leider schauen sie noch immer so aus, wie zu Beginn des Versuches und können von den unzählig gestohlenen nicht sofort unterschieden werden. letzt bleibt nur die Hoffnung, dass nicht ieder Radfahrer mit einem blauen oder rosafarbigen Vienna-Bike angehalten wird und jeden Tag erklären muss, dass sein Fahrrad im Internet um den richtigen Gegenwert gekauft worden ist. In Wien ist ein neues Projekt eingeführt, diesmal unter dem Namen "City-Bike". Die Fahrräder sind diesmal blau/gelb und werden stundenweise verrechnet. Die Anonymität fällt diesmal weg, jeder Benutzer muss an den Terminals durch Bankomat- oder Kreditkarte identifiziert werden. Ob im Herbst noch alle 500 Fahrräder vorhanden sind, oder wir auf Jagd nach blauen oder gelben Fahrrädern gehen müssen, wird sich zeigen.



Peter Schindler

Unionstrasse 5, 4020 Linz, Telefon: 0732/65 22 34 E-M@ail: flexpeter@webpim.at

Montag bis Freitag ab 14 Uhr, Samstag ab 17 Uhr

ING. ERNST TISCHLER

TECHNISCHES BÜRO FÜR MASCHINENBAU UND ARBEITSSICHERHEIT ALLG, BEEID, GER, ZERT, SACHVERSTÄNDIGER F, TECHN, UNFALLWESEN SICHERHEITSFACHKRAFT

- PLANUNG
- ÜBERPRÜFUNG - HEBEZEUGE
- AUFZÜGE SICHERHEITSFACHKRAFT
- OUALITÄTSMANAGEMENT
- GUTACHTEN MESSUNGEN

BIRKENSTR. 2 A-5020 SALZBURG

- TEL: 0662 / 457504 FAX: 0662 / 823542
- MOBIL: 0664 / 3446227 E-MAIL: OFFICE@TB-TISCHLER.AT WWW.TB-TISCHLER.AT

LOST



Pächter: Hans Priesner Altstadt 22, 4020 Linz

Telefon: 0732/28 33 15

KÄSTNER

FERIHUMERSTRASSE 44 4040 LINZ, TEL. 0732/73 80 19

Gute Hausmannskost Sonn- und Feiertage geschlossen



www.LORENA at Schmuchderign im Zeitzeist

Goldschmuck, Silberschmuck, Edelstahl Echter Steinschmuck.Zuchtperlen Trauringe.Modeschmuck Einzelanfertigungen, etc.

Fabrik und Verkauf Dr. A. Schärf Str. 46 07229/82 8 82-0

07258/58 62

Kirchenstraße 16

BAD Schallerbach Grieskirchner Str. 9 07249/42 171

Graben 21

0732/77 35 33

Sepp Heigt Transporte - Erdbewegungen 5611 Grossarl - Unterberg 64 Tel. 06414/345 - Fax 06414/8856 - Handy 0664/2200603 mail: heigljosef@aon.at - Büro: 0641478857



SCHUPF'N

das bodenständige Wirtshaus



- * Hausmannskost * Jause * Weine
- * Spezialitätenwochen



Guttner Gmbh - Oberrohr 10 - 4532 Rohr/Kr. - Tel. 07258/7073 - www.schupfn.a

26 Blaulicht Juni 2003 Blaulicht Juni 2003

01 ins Benehmen versetzen 02 Ablauf Baobab

- 05 Sucht
- Vagabund
- Shopping machen
- 15 KFZ-Kennzeichen von

- nachprüfen
- Versteigerungen Stadt in Deutschland französisch: Scheibe.
- Schnitte
- Anderes Wort für Gefolgsfrau 11 humoristische Kurzszene

Super Preisrätsel

Gewinnen Sie eines von fünf Karrikatur-Büchern

"Die Polizei im Einsatz" von Michael Hendrich

Aus allen Einsendungen werden die Gewinner ermittelt. Der Gewinnkoupon ist nur mit dem richtigen Lösungswort, vollständigem Absender, angekreuztem Fachbereich und ausreichend frankiertem Kuvert gültig. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Gewinner werden schriftlich verständigt.

> Lösungswort mit Postkarte an AUF-Rundesgeschäftsstelle Florianigasse 16/8, 1080 Wien: oder per Fax an: 01/406 75 15-23 Absender nicht vergessen!!!

Einsendeschluß: 1, 8, 2003 (Datum des Poststempels)



Zu bestellen bei:

Exekutiv Verlags GmbH, Kärntner Strasse 518, 8054 Graz. Fax 0316/28 71 51-9

orerst möchte ich mich für die Rückantworten bei den Kollegen bedanken. Es waren für mich sehr hilfreiche Anregungen und Überlegungen dabei, welche mir sicher helfen werden. meinen Antrag noch effizienter auszuführen. Um auf einige Punkte aus den Zuschriften einzugehen, bzw. Euch zu informieren schreibe ich in dieser Ausgabe einige Zeilen dazu:

Reaktionen:

Diensthunde für die Justizwache?

- · Selbstverständlich kann ein Diensthund nur zur Unterstützung sein und es darf dadurch zu keinen weiteren Planstellenreduktionen kommen.
- Im humanen Strafvollzug "gefährliche und brutale" Diensthunde einzuführen war nicht angedacht. Einige der besten Suchtgifthunde sind z.B. Beagle und Mischlinge, welche sicherlich nicht als brutal oder gefährlich anzusehen sind. Meiner Meinung nach ist ein ausgebildeter Hund immer nur so gefährlich wie ihn sein Besitzer führt.
- In der letzten Ausgabe Nr.33/März 2003 "Diensthunde in den großen Justizanstalten einzusetzen", wurde falsch verstanden. Es sollen selbstverständlich auch alle anderen Anstalten und Aus-

senstellen von dieser Einrichtung pro-

Bezugnehmend auf den Vorwurf, daß wichtige, die Interessen der Justizwache betreffende Entscheidungen bzw. Ideen von Kollegen aus den Bundesländern immer erst aus der Blaulicht erfahren, möchte ich um Eure Mitarbeit ersuchen. Da ich genauso wie Ihr meine Tag- und Nachtdienste versehen muß und ich diese Arbeiten ausschließlich in meiner Freizeit vollbringe, wäre mir mit Euren Anliegen bzw. Beiträgen oder Artikeln für die nächsten Ausgaben der Blaulicht geholfen. Sendet diese bitte an folgende E-Mail-Adresse:

Christian.Benesch@justiz.gv.at

Christian Benesch

HANNL HOFSTETTER

Internationale Spedition GmbH.

Zollservice.

Innenminister sagt NEIN!

zur Eingliederung der Justizwache in das Innenministerium

aß auf die Aussendung der FCG bzw. des Schriftführers des Dienststellenausschusses in der Justizanstalt Sonnberg, "daß die Justizwache als einziges Nochmitglied der Exekutive nicht im Innenressort unsere Vertretung findet" viele Bedienstete verunsichert wurden, und ein Personalvertreter der schwarzen Gewerkschaft unsere Beamten nicht richtig informierte (um viele Unterstützungsunterschriften zu erhalten) möchte ich folgendes dazu berichten:

Am 13. Juni 2003 hatten Vertreter der AUF und Frau Dr. Partik-Pablé mit Herrn Bundesminister Strasser im BMI ein Informationgespräch. Auf meine Frage an den Herrn Innenminister, ob und wie die Justizwache in das BMI eingegliedert werden soll, versicherte mir dieser, daß die Justizwache in ihrer Form bestehen bleibt. Es ist nicht geplant, daß die Bediensteten der Justizwache in das Innenressort übernommen werden.

2 Monate Freiheitsstrafe für Widerstand. Körperverletzung, Suchtgiftmissbrauch

Skandalurtell

in Schwarzafrikaner verletzte 2 Justizwachebeamte bei einem tätlichen Angriff schwer. Die beiden JWB wurden ins AKH gebracht, ambulant behandelt bzw. es wurden Verletzungen diagnostiziert mit anschließender Arbeitsunfähig-

In Untersuchungshaft wurde der Insasse wegen §27,28 SMG angehalten. Bei seiner Hauptverhandlung wurde die Anklage nach §83,84,269 StGB ausgedehnt.

Der Angeklagte wurde in allen 5 Punkten schuldig gesprochen.

Das zusammengefasstes Urteil: 6 Monate teilbedingt davon 2 Monate Freiheitsstrafe unbedingt.

12 Los ohne Gewinn

weiblicher Vorname

Lösungswort:

14 englisch: neun

13 Nahtstelle

Für den Schwarzafrikaner könnte dies nur 2 Monate FS - für alle Taten die er nachweislich begangen hatte - bedeuten. Es ist anzunehmen, dass er beim nächsten Mal einen anderen Namen (Sunday, Monday, Friday) und natürlich ein jugendliches Geburtsiahr angibt, um unbescholten zu sein bzw. unter das JGG zu fallen.

Dieses Urteil sehe ich als Affront gegenüber den Justizwachebeamten und der Polizei, wenn man bedenkt dass in diesem Fall der Schwarzafrikaner das Rauschgift professionell transportierte und dabei keinesfalls dilettantisch vorging. Den zuständigen Kollegen des Suchtgiftdezernates ging dieser Schwarzafrikaner auch nicht zufällig ins Netz, sondern es bedurfte einer größeren Vorbereitung verbunden mit Kosten und Mühen.

Diesen Angriff auf Exekutivbeamte so zu ahnden, finde ich als äußerst gefährlich. Ich vermisse ein generalpräventives (abschreckendes) Urteil.

Wenn sich solche Urteile herumsprechen, brauchen wir uns nicht wundern über die immer größer werdende Anzahl verletzter Beamten bzw. über die ausufernde Suchtgiftkriminalität.

> meint Euer Peter Personalvertreter

Dieses Urteil ist leider kein Einzelfall...

HANNL + HOFSTETTER - Ihr Zollservice für grenzenlose Lösungen.

Linz: Regensburger Strasse 7, A-4020 Linz, Tel.: 0043/732/771303-0, Fax: 0043/732/783368 Wullowitz: Grenze Wullowitz, A-4262 Leopoldschlag, Tel.: 0043/7949/8181-0, Fax: 0043/7949/8181-4 Enns: Industriehafenstrasse 4, Tel.: 0043/7223/81535, Fax: 0043/7223/81757

zoll@hannl.at - www.hannl.at

Jugendvollzug in der JA-Josefstadt – unwürdig?



eit Beginn diesen Jahres gibt es in der JA-Josefstadt einen Jugendstraf-Vollzug. Mit Schließung der JA-Erdberg wurde ein Teil unserer Anstalt, zur größten Jugendvollzugsanstalt Österreichs.

Kurzer Rückblick: Justizminister Böhmdorfer möchte aus verschiedenen Gründen die JA-Erdberg schließen, eine große "Interessensgemeinschaft" möchte dies verhindern. Während dieser Phase prognostizierte ich immer wieder: Falls die jugendlichen Insassen wirklich bei uns untergebracht werden, so wird man versuchen uns zu schaden indem man z.B. versucht aus einer Mücke einen riesengroßen Elefanten zu machen und das natürlich in der Öffentlichkeit.

Die bevorstehende Schließung zog immer größer werdenden Widerstand nach sich - sogar Bundespräsident Thomas Klestil wurde damit bemüht.

Aber alles half nichts - Seit länner 2003 werden die jugendlichen Insassen bei uns untergebracht. Eine kurzfristige Hoffnung für die Gegner der Schließung gab es als Bundeskanzler Schüssel auf Neuwahlen bestand. In dieser mit Wahltaktik geprägten Zeit wurde mit versch, neuen Justizministern spekuliert und natürlich auch mit der Revidierung "Fall Erdberg".

Aber die Konstellation (Koalitionspartner) blieb gleich und wieder wurde es nichts mit der Verhinderung der Schließung JA-Erdberg.

die Weihnachtszeit befürchtete. Es wurde und wird versucht den Jugendvollzug medial schlecht zu machen, um wahrscheinlich zu beweisen, dass wie immer von den Gegnern behauptet wurde, der Jugendvollzug in der JA-Josefstadt nicht funktionieren würde. (Trennung, Beschäftigung, Freizeit...). Manche Medienberichte waren in keinster Weise obiektiv, sie entsprachen nicht den Tatsachen. Warum wurden hier Falschmeldungen in der Öffentlichkeit verbreitet?

Einige Zeitungsberichte konnten bzw. können einwandfrei als Lügengeschichten enttarnt werden und somit wurde bewiesen, dass es jemanden gibt, der unserer Anstalt in Bezug auf die Unterbringung der jugendlichen Insassen öffentlich Schaden zufügen möchte.

Am 23. 4. 2003 wurde in unserer Anstalt eine Pressekonferenz abgehalten. Der Grund waren die Negativ-Schlagzeilen: aufgedeckt - Jugendliche werden in menschenunwürdigen Zellen untergebracht...die Korrektionszellen sind menschenunwürdig.....Hafträume haben keine Fenster......als WC dient ein Loch im Boden.....Jugendpsychiater schlagen Alarm - ein Wahnsinn Jugendliche dort unterzubringen usw.. Nach einleitenden Worten von Sektionschef Dr. Neider begaben sich die Journalisten, Richter und einige Politiker auf die Abteilung um die Sicherheitshafträume bzw. die Absonderungshafträume zu besichtigen. Es wurden die Absonderungshafträume und die SHR fotografiert und gefilmt. Die Stimmung unter den Journalisten war dementsprechend negativ. Ich versuchte durch zahlreiche Erklärungen und Interviews für verschiedene Radiosender, TV-Stationen und Zeitungen dem Negativimage gegenzusteuern bzw. alle Vorwürfe richtigzustellen.

Dieses Beispiel zeigt einem Insider klar und deutlich ,dass hier versucht wurde wieder einmal zu skandalisieren.

Es gibt in der letzten Zeit viele Besucher in den Jugendabteilungen der JA-Josefstadt, Kollegen aus anderen Anstalten, natürlich die verschiedensten Journalisten, Politiker (es gab auch schon mehrmals parlamentarische Anfragen diesbezüglich), Persönlichkeiten aus religiösen Gemein-

schaften, Vertreter verschiedene Behörden usw.. Ein immer breiter werdendes "Publikum" konnte bzw. kann sich davon vor Ort überzeugen, dass die jugendlichen Insassen nicht so negativ behandelt werden, wie es in einigen Medien verbreitet wurde. Sondern im Gegenteil, die Justizwache leistet hier in Verbindung mit den Sonderdiensten und den dazugehörigen Einrichtungen für Jugendliche, eine ausgezeichnete und höchstmotivierte Jugendstrafvollzugsarbeit.

Bundesminister Böhmdorfer bedankte sich vor kurzem bei allen Personen (mehrheitlich IWB) die an der Errichtung des Jugendstrafvollzuges in der JA-Josefstadt mitgearbeitet haben, in dem er öffentlich Dank und Anerkennung - in einer eigenen Veranstaltung dafür - aussprach.

In seiner Rede signalisierte der Bundesminister für lustiz eine gehörige Portion Rückhalt gegenüber der Justizwache in Bezug auf menschenunwürdige Unterbringung der jugendliche Insassen.

Ich finde es sehr schade, dass dieser "Politstreit" auf dem Rücken der Justizwachebeamten bzw. der jugendliche Insassen ausgetragen wird und hoffe auf eine baldige Normalisierung der gegenwärtigen Situation.

lene lournalisten bzw. Medien, die das Wort "menschenunwürdig" gebrauchten, möchte ich folgendes mitgeben: menschenunwürdig wurde behandelt, aber nicht die jugendliche Insassen sondern die vielen zuständigen IWB werden.

Ihre ausgezeichnete tägliche Arbeit im organisatorischen, administrativen, gesetzlichen, pädagogischen, psychologischen Bereich wird in der Öffentlichkeit mit diesen vielleicht politisch motivierten Aussagen ins falsche Licht gerückt.

Diese Behandlung bezeichne ich als menschenunwürdig.

Peter Baumann

www.auf.at www.feg.at

HOTEL GLEMMTALERHOF

ERLEBNIS- UND WANDERPARADIES

Familie Schnell-Breitfuß, Glemmtaler Landesstraße 150, A-5754 Hinterglemm, Telefon: +43 (0) 6541/71 35-0, Fax: DW 63

... endlich Urlaub - allein ... zu zweit ... oder mit der ganzen Rasselbande! Hotel Glemmtalerhof, Dorfstraße 150, A-5754 Hinterglemm, Telefon: 06541/71 34, Fax: 06541/71 35-63 desuchen Sie uns auf unserer Homepage www.glemmtalerhof.at oder reservieren Sie direkt unter info-glemmtalerhof@alpinparadies.at.

ENTSORGUNGSBETRIEB AUER

A-5441 Abtenau, Waldhof 17, Telefon: 06243/27 23



FAMILIE HUTTER Färbergasse 21 • 5600 St. Johann im Pongau Telefon 06412/85 52

Unser familienfreundlicher Bauernhof liegt ca. 5 Gehminuten vom Orts-kern. Wir bleten ruhige, sonnige Liegewiese mit nettem Schwimmbad. Sommerhaus mit offenem Kamin und Grillmöglichkeit, Garagenbenützung, mmer mit Dusche und Kalt-/Warmfließwasser. Zentralheizung. Balkon inmiter im Eusare und Nation war immelwassen, Zeutraliteicung, autori, rweltertes Frühstück, gemütlicher Aufenthaltsraum mit Fernseher, Ze-ienwohnungen – Neu: Nichtraucheraufenthaltsraum, 5 Gehminuten von der Skibushaltestelle zum Nulltarif in die "Salzburger Sportwelt Amade" und zu den Hähnbaumiliften.





KRISPLER & KASERER TRANSPORTE . HOLZHANDEL **ERDBEWEGUNG**

Gesellschaft m.b.H. • A-5421 Adnet 450. Telefon: 06245/780 11. 06245/808 40 und 06245/821 1 Telefax: 06245/780 11-15 oder 06245/830 75, Mobil: 0664/13 40 571 oder 0664/341 00 80 E-Mail: office@krispler-kaserer.at Internet: www.krispler-kaserer.at

das Wirtshaus ARBEITERHEI M Kleinmünchen

Angela und Peter Gruber

A-4030 LINZ, ZEPPELINSTRASSE 29 TELEFON: 0732/30 37 75

Sonn- und Feiertag geöffnet Freitag Ruhetag • Samstag ab 16 Uhr



Zohann Reiler Miaglbauer

Bauernschmiedgasse 59, A-5071 Wals Telefon: 0662/85 11 98, AUSTRIA

EDELSTEINLABOR EIGNER

Gemmologe, allgemein beeideter und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger.

EDELSTEIN- UND SCHMUCKPRÜFUNG GEMMOLOGISCHE BEFUNDE ZERTIFIKATE UND WERTGUTACHTEN



A-5020 SALZBURG Ferdinand-Hanusch-Platz 1

Telefon: 0662/84 59 32 Telefax: 0662/84 02 60

E-Mail: edelsteinlabor.eigner@utanet.at http://www.edelsteinlabor-eigner.at



GASTHAUS HAUSMANNSKOST EXTRAZIMMER FÜR 35 PERSONEN

MONTAG RUHETAG TEL.: 07252/48 277



30 Blaulicht Juni 2003 Blaulicht Juni 2003 31

8. Diensthunde-Bundesmeisterschaft 2003



7 on 21. bis 24. Mai 2003 fanden im idyllisch gelegenen Ort Bad Kreuzen die 8. Diensthunde-Bundesmeisterschaften statt. Für die, die mit dieser Örtlichkeit wenig anfangen können, Bad Kreuzen bei Grein liegt im wunderschönen Oberösterreich (als gebürtiger Oberösterreicher sei mir diese Bemerkung gestattet), genauer gesagt im Bezirk Perg im Mühlviertel. Dieser Veranstaltungsort wurde nicht zufällig ausgewählt. In Bad Kreuzen war bis zur Reformierung des Ausbildungswesens der Exekutive eine Gendarmerieschule etabliert. Nachdem diese geschlossen worden ist, wurde in einem Teil des Gebäudes das neue Ausbildungszentrum (BAZ) West für Diensthundeführer geschaffen. Seitdem leben hier "Kommissar Rex" Tür an Tür mit Asylwerbern, die in den verbleibenden Räumlichkeiten Quartier gefunden haben.

Die Veranstaltung begann am Mittwoch, den 21. 5., gegen 18 Uhr mit einem Umzug durch die Ortschaft, wobei sämtliche Teilnehmer natürlich nicht nur in ihren Einsatzuniformen auftraten, sondern auch ihre vierbeinigen Partner zur Seite hatten. Hier konnte man bereits eindrucksvoll erkennen, dass der Bewerb international besetzt war. Neben den Teams der Gendarmerie und Polizei nahmen noch welche aus der Schweiz, der Slowakei und Norwegen



teil. Nicht zu vergessen die beiden "Einzelkämpfer" von Bundesheer und Zollwache. Der Wettergott zeigte an diesem Tag kein Erbarmen und so musste das Zeremoniell früher als geplant in das Gasthaus Schiffer verlegt werden. Nach offizieller Begrüßung und Startnummernverlosung klang der Abend an der von den Kameraden der Gendarmerie toll betreuten Bar aus. Hier konnte man den einen oder anderen Starter bei der Besprechung von Strategien antreffen.

Zum Bewerb selbst: Dieser bestand aus einem Parcours mit 7 Stationen, die teilweise auf dem Gelände des BAZ als auch auf dem der in der Nachbarschaft gelegenen Burg Bad Kreuzen, aufgebaut waren. Das Flair der Burg verlieh dem Wettkampf ein ritterliches Ambiente. Der selektive Parcours stellte in den Bereichen Schutzdienst, Unterordnung, Stöbern nach Personen und Gegenständen sowohl an Mensch als auch an Tier höchste Anforderungen. Somit sei hier festgehalten, dass ieder Teilnehmer als ein Sieger zu bezeichnen ist und im täglichen Polizeialltag mit Sicherheit seinen "Mann+Hund" stellt. Nichts desto trotz galt es natürlich auch hier, so wie bei iedem Wettbewerb, einen Sieger zu ermitteln. Nach zwei anstrengenden Tagen stand als solcher RvI Bernhard WALK mit seinem Malinoisrüden "PAT-



TON", vom Team Polizei 2, fest. Ihm gilt der Titel Bundesmeister 2003!! Auf den Plätzen folgten Grl Kurt MAYER vom LGK Vorarlberg mit seinem Malinois, ATLAS du Colombophile", Team Gendarmerie 1, und Bzl ZECHMEISTER Walter mit DH, BEN" vom Team Polizei 1. Die Mannschaftswertung gewann das Team Gendarmerie 1 mit einem Punkt Vorsprung vor Polizei 1 und Polizei 2.

Nach zwei eindrucksvollen Wettkampftagen erfolgte am Freitagnachmittag der Höhepunkt der Veranstaltung mit der feierlichen Eröffnung des BAZ-West durch Hr. Innenminister Dr. STRASSER sowie Hr LH Dr PÜHRINGER Diesem Zeremoniell konnten leider nicht mehr alle Hundeführer teilhaben, da ein Kontingent von Gendarmerie- und Polizeidiensthundeführern unter der Leitung des Abteilungskommandanten der DHA-Wien, Mir. WIESHOFER, zu Mittag einen Einsatzbefehl nach Algerien erhielten. Dort galt es, die örtlichen Kräfte bei der Suche nach Verschütteten nach dem schrecklichen Erdbeben zu unterstützen. Dies stellte wieder einmal unter Beweis, wie wichtig das Diensthundewesen in Österreich ist und aufgrund ihrer Flexibilität und Einsatzbereitschaft jederzeit International eingesetzt werden kann. Diesbezüglich findet man in dieser Ausgabe einen gesonderten Bericht.

Die großartig organisierte Veranstaltung fand am Samstag mit einer Feldmesse, einer anschließenden Vorführung durch Diensthundeeinheiten sowie der Siegerehrung ihren würdigen Abschluss. Nochmals ein herzliches Dankeschön den Organisatoren der Gendarmerie für die geglückte Veranstaltung, sowie Mjr. WIESHOPER, Ktrl ZLABINGER (Mannschaftsführer) und den RvI MERSNIK und SCHÜTZ (Betreuer) für die vorbildliche Betreuung der Polizeiteams zu jeder Tages- und auch Nachtzeit.

Josef HÖLZL, PV-DHA Wien





Unzureichende Parkkartenregelung

Die FPÖ beantragt eine Änderung im Gemeinderat

uf Grund massiver Beschwerden aus der Kollegenschaft wurde von den AUF/FEG Personalvertretern der Sicherheitswache Wien (Erich TAG-LIEBER, Albert SCHMIEDT, Werner HERBERT) mit den Wiener Freiheitlichen Gemeinderäten ein Antrag für den nächsten Gemeinderat ausgearbeitet, in welchem die derzeitige Regelung gem. § 45/2 StVo zur Abänderung gelangen soll. In diesem Antrag ist eine Ausweitung des Geltungsbereiches auf die jeweilige Bereichsabteilung enthalten.

Bis dato gab es nach Interventionen des FSG-Vorsitzenden im Rathaus von Seiten des Magistrates keine Bereitschaft auf die Gegebenheiten der neuen Bereichsabteilungen einzugehen und die Notwendigkeit der Adaptierung der Ausnahmebewilligungen zu erkennen.

Die AUF/FEG ist der Ansicht, dass es lediglich am politischen Willen liegt für die Kolleg(en)innen, welche notwendigerweise mit dem eigenen Fahrzeug zum Dienstort fahren müssen (großer Pendleranteil und Dienstende außerhalb der Betriebszeiten der Öffentlichen Verkehrsmittel auch durch kommandierte Mehrdienstleistungen) eine zeitgemäße Lösung herbeizuführen.

Die anderen Parteien des Gemeinderates können mit einer Zustimmung zum freiheitlichen Antrag ihre oft bekundete Unterstützung für die Bediensteten der Wiener Polizei unter Beweis stellen und damit wesentlich zur "Mitarbeiterzufriedenheit" beitrazen.

Die Fachausschussmitglieder der AUF/ FEG werden über die politische Entscheidung berichten.

Gleichzeitig werden wir unsere Bemühungen um Zuteilung von mehr Parkkarten in den Abteilungen nicht aufgeben.

Erich Taglieber



Unter uns gesagt

von Horst Binder

Bauunternehmen Innenministerium!

Egal auf welche Dienststelle man kommt, es geistert überall das Reformgespenst herum. Ohne Reformen grundsätzlich in Frage zu stellen, sollten sich die Verantwortlichen einmal überlegen, ob man sich mit dieser Fülle von Reformen nicht selbst überfordert. Ich habe noch die volitische Aussage im Ohr, die lautete " es wird kein Stein auf den anderen bleiben"! Nun wenn ich ein Haus neu aufbaue, wird dieses auf Dauer nicht beständig sein, wenn vom Baumeister Ziegel auer eingebaut werden und die meisten der zukünftigen Bewohner den Baustil ablehnen. Es wird sich niemand wohlfühlen. Diese Anleihe aus dem Baugewerbe ist auch vergleichbar mit den Reformen bei der Sicherheitsexekutive. Es fehlt das Verständnis für den Baumeister. Dies liegt vor allem daran dass über Wochen und Monate erarbeitete Reformen von neuerlichen Reformen überholt werden, welche in absehbarer Zeit wieder reformiert werden müssen. Ein privates Bauunternehmen würde durch diese ständigen Umbauarbeiten in Richtung Konkurs schlittern. Die zukünftigen Bewohner jedoch wissen nicht wie ihr Haus aussehen wird und ob sie es jemals beziehen werden. Das schafft Verunsicherung und Frustration. Da bringt es auch nichts. wenn der Baumeister seine Planer ausschickt um zu beruhigen, da auch von dort keine Informationen über die Strukturierung des gesamten Gebäudes zu erfahren sind. Ein Tip: Nicht nur den Fertigstellungstermin mit Ende 2004 bekannt geben, sondern auch die tatsächlichen Baupläne mit allen Details am Tisch, damit sich alle Bewohner über ihre zukünftige Wohnung Gedanken machen können. Dass nicht jeder eine Penthauswohnung haben wird liegt auf der Hand, doch auch eine Mansardenwohnung gehört rechtzeitig geplant.

Antrag

- der FPÖ-Gemeinderäte Dr. Herbert Madejski, Heike Trammer und Ing. Gunther Wolfram betreffend Regelung der Parkraumbewirtschaftung für die Bediensteten der Bundespolizeidirektion Wien.

Aufgrund einer Vereinbarung zwischen der BPD- Wien und der Gemeinde Wien wurden bisher den Bediensteten der BPD- Wien für den Bezirk, in dem ihr Stammwachzimmer liegt, Ausnahmebewilligungen nach § 45 Abs. 2 StVO erteilt. Damit konnte der Bedienstete sein Privatfahrzeug während seiner Dienstversehung I.V.m. separatem Ausnahmegenehmigungsbescheid (Kosten werden vom jeweiligen Beamten selbst getragen – ca. 60,00) auf öffentlichen Parkraum abstellen, ohne Parkgebühr entrichten zu müssen.

Nun werden aber im Bereich der Bundespolizeidirektion Wien mehrere Bezirke als gemeinsame Bereichsabteilungen geführt (20. und 2. Bezirk; 4., 5. und 6. Bezirk; 7., 8. und 9. Bezirk), sodass nun das Einsatzgebiet eines Sicherheitswachebeamten über den jeweiligen Bezirk hinausgeht. Trotz dieser Änderungen wurden die Ausnahmebewilligungen gemäß der StVO nicht auf das erweiterte Einsatzgebiet ausgedehnt, sondern beschränken sich weiter auf den ursprünglichen Einsatzbereich.

Die hohe Anzahl von Pendlern bei der Wiener Polizei, sowie die Unvorhersehbarkeit von angeordneten Überstundenleistungen nach dem Regeltagdienst beziehungsweise Regelnachtdienst ergeben die Notwenigkeit der Benützung des eigenen Fahrzeuges. Da die Voraussetzungen für die Ausnahmebedingungen weiter gegeben sind, stellen die gefertigten Gemeinderäte daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 35 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Antrag:

Die Ausnahmebewilligungen gemäß § 45 Abs. 2 StVO sollen auf die jeweiligen Bereichsabteilungen ausgeweitet werden. In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrages an den Gemeinderatsausschuss für "Stadtentwicklung und Verkehr" beantragt.

Lebensrettung in Algerien

Behörden selbst - die sofortige Anreise



rst 30 Stunden nach dem schweren → Beben wird ein österreichischer Hilfszug von der EU angefordert. Trotz der verlorenen Zeit eine Meisterleistung aller Beteiligten. Unter der Einsatzleitung des Mir WIESHOFER, Kommandant der Polizeidiensthundeabteilung Wien, begaben sich am 23. Mai 2003 Rettungsmannschaften von Polizei und Gendarmerie, dem Österr. Samariterbund, der Feuerwehr Oberösterreich, dem Roten Kreuz sowie dem Land Vorarlberg mit ca 70 Helfern und 35 Suchhunden in das Erdbebengebiet von Algerien um Leben zu retten. Bemerkenswert schein an dieser Stelle die Organisation, welche binnen weniger Stunden nach dem Einsatzbefehl des Bml, abgelaufen ist. Da mussten die Kollegen kontaktiert werden und anreisen. Es galt ein entsprechendes Medikamentenpaket zusammenzustellen um die Helfer im Bedarfsfall versorgen zu können. Ebenso musste eine kurzfristige Impfung der Rettungsmannschaft vorbereitet und durchgeführt werden. Viele Kleinigkeiten, welche für einen erfolgreichen Einsatz erforderlich sind, waren einzupacken. Im Einsatzgebiet standen keine Hilfsmittel zur Verfügung. Seiltechnik, Sat-Telefone, Einweghandschuhe, Futter- und Wasservorräte, Sonden, ein paar Wurstsemmeln, Bargeld und mehr wird verstaut. Und die Zeit drängt. Um 23.55 Uhr hebt eine "MD82" mit dem notwendigsten Material und den Helfern in Schwechat ab und landet nach zwei Stunden in Algier. Unter Mithilfe der Österreichischen Botschaft erfolgt die Administration der Einreise, die Transportmöglichkeiten und das Einsatzgebiet werden geklärt und organisiert. Leider verzögert

sich - durch die überforderten algerischen

nach Boumerdes, ca 40 km von Algier entfernt wo es das Leben von Verschütteten zu retten galt. Trotz der zahlreichen Urgenzen durch den Einsatzleiter Mir WIES-HOFER bei den algerischen "Verantwortlichen" vergehen wertvolle Stunden bis die Anreise genehmigt wird (??). Um 7 Uhr: Anreise Boumerdes. Um 8.30 Uhr wird mit der eigentlichen Suche begonnen. Ein Abschnitt mit 100 Häusern, 3-stöckig und nach dem Beben nur noch ein Schutthaufen, mit 70 vermissten Personen werden durch die Österr. Hilfstruppen gemeinsam mit den Helfern AFRU des Bundesheeres und einer kleinen polnischen Hilfstruppe bearbeitet. Die verzweifelte Bevölkerung behindert teilweise die organisierte Arbeit. versucht an das Wasser der Hilfskräfte zu kommen, bitten um nochmalige Suche bei ihrem Haus usw. In dieser Zeit werden von den Hunden 13 Leichenfunde angezeigt. Zur physischen Belastung durch extreme Hitze und Müdigkeit kommt auch der ständige psychische Druck durch die betroffenen Bevölkerung. Ganz unbemerkt machten sich zur Mittagszeit einige heimischen Lkw-Lenker mit samt ihren Fahrzeugen aus dem Staub, welche dem österr. Kontingent zugeteilt waren. Die Suchhunde und ihre Hundeführer leisten ganz Außergewöhnliches unter diesen Voraussetzungen. In den notwendigen Pausen zur Erholung des Hundes lässt sich nicht einmal Schatten finden. Wie auch in den Medien berichtet schaukelte sich in der Bevölkerung der Zorn auf und gipfelte zu jenen Nachmittagsstunden, in denen der algerische Staatspräsident das Erdbebengebiet besuchen wollte. Bald wurden die ersten Steine geworfen und der Staatsmann verließ die Stadt. Als am Nachmittag dann die Lebend-

Als am Nachmittag dann die Lebendbergung eines 12 jährigen Mädchens durch das Österreichische – polnische Kontingent gemeldet wurde, wurden alle Helfer für die Strapazen belohnt.

In den Abendstunden konnte einzig im völlig überfüllten Stadion ein Platz zum Campieren gefunden werden, alle anderen Plätze schienen mehr als gefährdet. Ein wenig essen und einige Stunden ruhen, dazwischen kleine Nachbeben, dann wieder Wache schieben – so gestaltet sich die kurze Nacht nach dem langen Tag.

Am Morgen des 25. Mai 2003 bricht die Struktur der algerischen Behörden völlig zusammen, keine Transporter, keine Zuteilung neuer Suchgebiete. So durchsucht unser Kontingent jenes des Vortages neuerlich. Nach den vielen verstrichenen Stunden seit dem Beben ist mit einer Bergung von Überlebenden aber nicht mehr zu rechnen. Zur gleichen Zeit wird vom Einsatzleiter Mir WIESHOFER vorausschauend die schwierige Heimreise organisiert. Erst in den Abendstunden konnte alles beschafft werden, um die Kollegenschaft und die Suchhunde samt dem Berg an Material sicher an den Flughafen Algier zu bringen, wo um Mitternacht der Flug in die Heimat erfolgte.

Als Resümee wird ein "Respekt" und "Hut ab" wohl nicht reichen. Extreme Einsatzbedingungen erfordern routinierte Übersicht und Organisationstalent sowie Erfahrung, wie alle Beteiligten an diesem prompten Hilfseinsatz bewiesen haben. Mit der Gewissheit solche Aufgaben lösen zu können bleibt die Hoffnung auf eine schnellere Reaktion der EU nach solchen Katastrophen. 30 Stunden nach einem Beben um Hilfe anzusuchen schmälert die Chancen auf erfolgreiche Bergung ungemein. Die AUF/FEG dankt allen Helfern, besonders der Diensthundeabteilung und der Leitung des Mir WIESHOFER, welche die österreichische Exekutive hervorragend dargestellt und vertreten haben.

Erich Taglieber



Wiener SPÖ will "Gläsernes Wachzimmer"!

AUF/FEG sagt zu Dienst im "Aquarium": Nein Danke!

ie Wiener SPÖ ließ an ihrem letzten Landesparteitag mit einem ungewöhnlichen Beitrag zur angeblichen Erhöhung der Sicherheit in der Bundeshauptstadt aufhorchen. Um der Bevölkerung den vielfach geforderten Wunsch nach mehr Polizeipräsenz zumindest optisch zu erfüllen, wurde in einem Antrag die Schaffung von "Gläsernen Wachzimmer" gefordert und - auch tatsächlich angenommen. Konkret geht es dabei um die Forderung, durch bauliche Adaptierungen die Möglichkeit zu schaffen, von außen in Wachzimmer einzusehen und so die dort dienstversehenden SWB bei deren Arbeit beobachten zu können. Dadurch soll nach Meinung der Wiener SPÖ die Polizeipräsenz subjektiv verstärkt und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, insbesondere an stark frequentierten Verkehrsknotenpunkte - hier wurde namentlich das Wachzimmer Karlsplatz genannt gehoben werden.

Was als oberflächliche und polemische Forderung zum Fang von Wählerstimmen für gewisse SPÖ-Kreise in der Wiener Lokalpolitik vielleicht als opportun erscheint, erweist sich für den im praktischen Exekutivdienst stehenden SWB bei genauere Betrachtung allerdings als mehr als kurios. Offenbar hat in der Wiener SPÖ niemand eine Ahnung über den praktischen Dienstbetrieb in einem Wachzimmer und den daraus resultierenden internen Abläufen.

So gibt es genug innerdienstliche Vorgänge, die nicht nur aus Gründen des Datenschutzes, sondern auch aufgrund dienstrechtlicher Bestimmungen und polizeitaktischen Überlegungen nicht der Öffentlichkeit im "Schaufenster" präsentiert werden dürfen. Zudem besteht die Gefahr, dass problematische Amtshandlungen (wie sie auf "Brennpunktwachzimmern" leider den dienstlichen Alltag darstellen) von einem außenstehenden Beobachter leicht falsch interpretiert werden können.

Ungeachtet der dienstlichen Problematik stellt sich aber auch die Frage, welcher SWB schon gerne in einem "Aquarium" seinen Dienst versehen möchte, wo er zum allgemeinen Gaudium ("Geh'n ma' Inspektor schau'nt") der Öffentlichkeit "vorgeführt" wird. Nicht nur eine kuriose Vorstellung, sondern auch unwürdige Art der Dienstversehung für einen SWB.

Der gegenständliche Vorschlag der Wiener SPÖ ist daher unannehmbar, weil er
in der Praxis schwere Nachteile in den
betroffenen Dienststellen bringen würde.
Zudem ist der Gedanke einer öffentlichen
"Zurschaustellung" von Kolleginnen und
Kollegen im Rahmen ihrer Dienstverwendung äußerst befremdlich und daher entschieden abzulehnen.

Daher sollte man den gegenständlichen Vorschlag der Wiener SPÖ vielmehr dort deponieren, wo er auch hingehört – nämlich in den Müll.

Werner HERBERT

Martin Pichler

Martin Pichler

ERDBAU & TRANSPORT

A-5322 PLAINFELD 320 Telefon: 06229/39068 Telefox: 06229/39068-4

Telefax: 06229/39068-4 Mobil: 0664/321 88 95 E-Mail: pichler.erdbau@aon.at

Natursteinmauern – Abbrucharbeiten – Teichbau Kranarbeiten – Humuslieferungen Hauskanalanschlüsse – Bagger von 4-22 Tonnen

Dr. Karl Aschenbrenner

— Facharzt für Radiologie —

5600 ST. JOHANN i. Pongau



Apotheke zur Gemse

Mag. MONIKA JUNG A-5440 Golling 43 Telefon 06244/42 31 Telefax 06244/42 31-0



JOHANN PIBER

VIEH- UND FLEISCHHANDEL - GASTHAUS -

4294 St. Leonhard, Langfirling 16Telefon und Fax: 07952/63 25

Blaulicht Juni 2003

Blaulicht Juni 2003



VIDEO time GUNDOLF A-4230 PREGARTEN TRAGWEINERSTRASSE 20 TELEFON: 07236/30 12

Fachgeschäft für Uhren, Juwelen

Walter Fischer

Uhrmachermeister

A-5630 Bad Hofgastein

Pyrkerstraße 6, Telefon: 06432/61 42

DR. INGE CSAKI-DÜRR Praktische Ärztin

Akkupunkturdiplom

Ordination: Montag, Mittwoch 8 bis 11 Uhr Dienstag 17 bis 19 Uhr, Freitag 10 bis 12 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung

> Innrain 93, A-6020 Innsbruck Telefon: 0512/56 10 69 E-Mail: inge.csaki-duerr@yline.com

SEIDL KG.

MAG. ROBERT SEIDL

- DACHDECKEREI
 SPENGLEREI
 - GALANTERIESPENGLEREI
 - DACHSANIERUNG
 - FASSADENVERKLEIDUNG

A-5020 Salzburg-Liefering Baldehofstrasse 6 Tel.: 0662/43 78 25, Fax: DW 5 E-Mail: SeidlKG@gmx.at

Markus Wollanek

KFZ-Handel

Verkauf und Vermietung von Militär Hummer und US-Cars

Salzburgerstraße 30 A-4020 Linz Handy: 0699/10 34 35 31 Fax: 0732/34 35 31-22 E-Mail: autoboote@i-one.at

Mercedes-Nutzfahrzeuge

Geöffnet von 10 bis 24 Uhr • Kein Ruhetag 5071 Wals, Walserfeldstraße 313



GEMÜTLICHE ATMOSPHÄRE Auf Ihren Besuch freuen sich G. und H. Berger



BAU-GLASEREI ISOLIERVERGLASUNG ZIERVERGLASUNG

4272 Weitersfelden 115, Telefon: 07952/20008, Fax: DW 14 Handy: 0664/325 92 55, E-Mail: glas.kaeferboeck@aon.at

IMMER MEHR ARBEIT!!

Neustrukturierungen und/oder Reformen könnten auch positive Aspekte beinhalten.

ICHT so bei der Reform der BPD-Wien. Immer mehr Arbeit für die Sicherheitswache. Und was gibt es dafür?

Die Reform der BPD-Wien trifft garantiert jeden Polizeibeamten in einer unangenehmen Art. Sei es als Ex-Kommissariatskommandant, sei es als neuer Kriminalsachbearbeiter, als Arrestantenposten einer Bereichsabteilung oder als eingeteilter Swbder gerne einen Fachgruppen – Krb zur Übernahme einer Amtshandlung hätte.

Eines ist sicher: Von der Sicherheitswache kann nichts mehr delegiert werden. Dort muß die Arbeit übernommen werden, egal welche personelle Situation gerade vorherrscht und egal wie hoch die Auslastung ist. Durch die Auflösung der Bezirks-Krb besteht auch keine persönliche Verbindung mehr. Und im Zuge des "Siedlungs- und Umzugsdurcheinander" ist es günstig die eine oder andere Arbeit noch schnell der Sw zukommen zu lassen. "Die sind eh immer da".

Im Zuge des "Ravonssystems - neu", war im Projektauftrag noch "Nichtziel ist eine Erweiterung des Aufgabenumfanges" enthalten, diese Bezeichnung findet sich auch im akutellen DB. Aber bei der Aufgabenstellung im gleichen Dienstbefehl ist dann die Erhebung der Geschäftsdatei, der Erwerb besonderer Kenntnisse über Lokale und einschlägige Szenen, das Setzen von präventiven Schwerpunktmaßnahmen und die Dokumentation von erworbenen Kenntnissen sowie die Information und Weiterleitung an all jene, die diese Kenntnisse auch benötigen könnten (?). Selbstverständlich laufen diese "Kleinigkeiten" neben den anderen bisherigen Tätigkeitsfeldern - Kleinkriminalität, 600-er Posten, Funkwagenfahren, Kennzeichen- und Strafakte, Vorführungen, Verkehrsinspektionen und Kompaniebeschickung.

Mittlerweile hat man im Bml entdeckt, dass die Sicherheitswache noch einen KOB – zur Bearbeitung der "Gewalt in der Familie" benötigt und diese Tätigkeit in etlichen Bereichsabteilungen so manchen Ordner füllen wird. Eh nur eine Kleiniekeit

Und wenn wir schon dabei sind, kann es doch kein wirkliches Problem sein, mit dem Stkw kreuz und quer durch Wien zu kutschieren um Häftlinge zu transportieren oder Opfer und Zeugen zur Einvernahme zu bringen. Dankenswerterweise werden zukünftig von der Kraftfahrabteilung

"Arrestantentransporter" zur Verfügung stehen. Mit einem Kollegen besetzt (??) Und mitfahren muß ein weiterer Sicherheitswachebeamter. Na. wo werden wir den hernehmen?? Wird da vielleicht wieder ein Funkwagen stehen? Oder fährt dann einer mit dem Arrestantenwagen irgendwohin, der andere in die Bereichsabteilung zur (im DB festgelegten) unverzüglichen Neubesetzung des Stkw? Hoffentlich passt dann die "Stricherlliste" noch irgendwie mit der Realität zusammen. Man könnte aber von Seiten der Sicherheitswache berechtigterweise auch so agieren, wie die KollegenInnen der zivilen Abteilung, Theaterdienste?? Da gehen wir einfach nicht mehr hin, das gehört jetzt auch der Sw. Oder eine Neuregelung im

Prostitutionswesen - still und heimlich einmal einen Teilbereich an die "Wache" abgetreten, der Rest folgt. Weitere "Kleinigkeiten" werden folgen: Waffenüberprüfungen. Pkw- und Wohnungs- Ed und ähnliche ehemalige Krb-Amtshandlungen. Es bleibt der Blick in die Zukunft gerichtet, denn Reformen mit Sinn müssen erfolgen um mit den Entwicklungen im Umfeld als moderner "Dienstleistungsbetrieb" mithalten zu können. Die Reformierer sollten aber nicht vergessen, dass alle Vorhaben nur von den Mitarbeitern erfolgreich umgesetzt werden und am Ende einer solchen Phase sollteauch eine Anerkennung (faire Pensionsregelung, B-Wertigkeit) stehen.

Erich Taglieber

Zusammenlegung der Exekutivkörper Zwischenbericht durch das "Team 04"

roßes Interesse herrschte bei allen Behörden an der Präsentation des "Team 04" über die geplante Fusionierung der Wachekörper Polizei und Gendarmerie. Nach diesem Vortrag machte sich die Erkenntnis breit, dass eigentlich nichts Neues zu erfahren war. Die dort vermittelten Informationen deckten sich im Großen und Ganzen mit den bereits bekannten Infos aus der BMI-Post. Es stellt sich die berechtigte Frage, wusste man noch nicht mehr, oder wollte man nicht mehr preis geben. Die Verunsicherung und Existenzängste einzelner Bereiche der Polizei ist jedoch quer durch das Bundesgebiet spürbar. Es wird nochmals

festgestellt, dass das "Team 04" ausschließlich die Zusammenlegung zu erarbeiten hat. Über die Neustrukturierung bzw. Änderung der Bundespolizeibehörden befindet der Verfassungskonvent.

Bei seiner Sitzung am 28. Mai 2003 hat der Zentralausschuss der Sicherheitswache die Zusammenlegung, wie auch der Zentralausschuss der Bundesgendarmerie und des Kriminaldienstes abgelehnt. Dies vor allem auch deshalb, da bis dato seitens des BMI keine konkreten Angaben über das Endprodukt und die damit verbundenen Veränderungen in den einzelnen Bereichen kund getan wurden.

Verbrechensvorbeugung – Projekt der BKA-Familienkontaktbeamtinnen

achdem es zwischen dem ZA d. SW und den Verantwortlichen des BKA zu einer Besprechung gekommen ist, wird der gegenwärtigen Erlass überarbeitet. Dies deshalb, de Punkte des Erlasses mit dem immer umfangreicheren Aufgabengebiet der Si-

cherheitswache und des jährlich sinkenden Personalstandes nicht überall umsetzbar ist. Es wurde auch festgestellt, dass es nach § 38a SPG und § 382a EO gut funktionierende Insellösungen einzelner Behörden gibt.

A.S

Kurz notiert &



Erweiterung GREKO-Schwechat: Neue Räumlichkeiten für die GREKO in Schwechat – AUF/FEG Forderung umgesetzt!

Nach der Forderung der AUF/FEG Personalvertreter und dem Blaulichtartikel (Sauerstoff ist Luxus am Flughafen Wien Schwechat) im März 2003 reagiert die Behörde auf die Missstände. Im Mai 2003 übersiedelt die GREKO in neue Räumlichkeiten. Wir freuen uns schon auf den nächsten Dienststellenbesuch bei der GREKO.

Erschwerniszulage für WEGA:

Antrag der AUF/FEG auf Auszahlung einer Erschwerniszulage für die Einsatzsprenger der WEGA analog zum GEK in der Umsetzungsphase.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses befand sich der Antrag bereits in der Umsetzungsphase. Die Zulage soll rückwirkend mit länner 03 ausbezahlt werden.

Sommeruniformen:

Sommeruniformen bei der VA Mot. fehlen!

Wieder ein Indiz dafür, dass der Beginn des Sommers nicht Erlassmässig geregelt ist und überraschend kommt. Nicht genug Kurzarmpolos und bei der VA Mot. ein Mangel an Sommeruniformen. Ein entsprechender Antrag wurde im ZA eingebracht.

Neues BAKS-Gerät:

Ausdauer führt doch zum Erfolg. Zusätzliches BAKS Gerät für das Wachzimmer Rosenbergstraße.

Wie im letzten Baulicht ausführlich dokumentiert, konnte nun nach zähem Ringen über einen beachtlichen Zeitraum endlich das höchst notwendige BAKS-Gerät für das Wachzimmer 22., Rosenbergstraße erkämpft werden. Sicher ist – über dieses Gerät weiß bis zur Pol. Vizepräsidentin jeder bescheid!! Die AUF/FEG-Mitglieder des Fachausschusses Wien bedanken sich im Namen der Wachzimmerbelegschaft bei GI-Stv. Brig. Mahrer für den positiven Abschluss.

ZI Reform verworfen — Thema bleiben das Wachzimmerstrukturkonzept und die Telefonvermittlungen.

I-Reform wurde vom BMI verworfen. Umgesetzt werden nur zwei Punkte aus dem Reformpapier.

1.) Telefonvermittlungen.

Das BMI plant in den Telefonvermittlungen zivile Kräfte der Sicherheitsverwaltung ein zusetzen. Zur Zeit versehen 26 SWB in allen Bundespolizeibehörden ihren Dienst in den Telefonvermittlungen. Einer in raumstehenden Privatisierung wurde die Absage erteilt. Jedoch soll auf das dienstliche Schicksal jedes einzelnen dort dienstversehenden SWB Rücksicht genommen und sozial verträgliche Lösungen getroffen werden.

2.) Wachzimmerstrukturkonzept

Bei der BPD-Klagenfurt soll der Wachposten Wölfnitz zum Wachzimmer Anabichl transferiert werden.

Bei der BPD-Villach soll das Wachzimmer Bahnhof zum Wachzimmer Hauptplatz ransferiert werden.

Bei der BPD-Salzburg soll das Wachzimmer Nonntal zum Wachzimmer Pol. Dion. transferiert werden.

Bei der BPD-Innsbruck soll das Wachzimmer Igls zum Wachzimmer Reichenau und das Wachzimmer Bahnhof zum Wachzimmer Maximilianstraße transferiert werden.

Bei der BPD-Leoben soll das Wachzimmer Kerpelestraße zum Wachzimmer Pol. Dion. transferiert werden.

Bei der BPD-Wr. Neustadt wurde das Wachzimmer Hauptplatz zum Wachzimmer osefstadt transferiert.

Bei der BPD-Wels soll das Wachzimmer Bahnhof zum Wachzimmer Innere Stadt transferiert werden.

Bei der BPD-St. Pölten soll das Wachzimmer Pottenbrunn zum Wachzimmer Traisenplatz und das Wachzimmer St. Georgen zum Wachzimmer Sprazern transferiert werden.

Bei der BPD-Steyr soll das Wachzimmer Hauptbahnhof zum Wachzimmer Münichholz transferiert werden.

Bei der BPD-Graz soll das Wachzimmer Grabenstraße und Sektorstreife zum Wachzimmer Pol. Dion. und das Wachzimmer Andritz in das Kompetenzzentrum Andritz transferiert werden.

Gegenwärtig sind bei den BPD's Eisenstadt, Schwechat und Linz keine

Wachzimmerstrukturreformen vorgesehen. Zu diesem Thema gab es Anfang Juni eine Besprechung zwischen ZA und dem BMI. Da außer bei den BPDs Salzburg (Nonntal), Innsbruck und Leoben mit der örtlichen Personalvertretung eine Einigung gefunden wurde, erfolgte in diesen drei Fällen keine Zustimmung durch den Zentralausschuss. Wir warten gespannt auf die Verhandlung gem. § 10/7 PVG in welcher der Innenminister entscheiden wird.

AUF/FEG im Kampf gegen die Hitze

- für die Behörde kam der Sommer offensichtlich etwas überraschend?!



KLIMAGERÄTE für WACHZIMMER

Wachzimmer 2., Tempelgasse und 18., Martinstrasse durch die AUF/FEG mit Standklimageräten versorgt! Anträge für Klimaanlagen liegen seit 2000 bei der Behörde!

Als der Verfasser des Artikels im lahr 2001 in den FA wechselte, gab es bereits eine Besprechung mit der Behörde über den Einbau von Klimaanlagen in den Wachzimmern 2., Tempelgasse und 18., Martinstrasse. Beide Wachzimmer gelten als extrem hitzeanfällig zumal das Öffnen der Fenster nicht möglich ist. Dies hat auch die Behörde erkannt - aber leider bis dato nichts dagegen unternommen. Den Spruch - mach den Akt zum Wanderer dann kriegt den Akt ein Anderer - beherrscht man auch in dieser Ebene ganz ausgezeichnet. Mal im BMI dann wieder in der BPD dann wieder im BMI. Und so brennt auch heuer wieder die Sonne unbarmherzig in die Räumlichkeiten. Temperaturen bis 40 Grad sind keine Seltenheit. Nicht nur für die Beamten eine Tortur sondern auch für die Parteien. Die damalige Forderung der AUF nach Raumklimageräten wurde ebenfalls nicht berücksichtigt.

Im Vorjahr leaste die AUF/FEG erstmals ein Klimagerät für das Wachzimmer Tempelgasse. Dieses Standklimagerät brachte zumindest etwas Erleichterung. Da es die Behörde, trotz einiger Interventionen der AUF/FEG, bis zum Sommer 2003 wieder nicht fertigbrachte die beiden Wachzimmer mit Klimaanlagen auszustatten, wurden erstmal zwei Klimastandgeräte zu je € 1.100.- durch die AUF/FEG angekauft. Diese werden den beiden Wachzimmern bis zum Herbst kostenlos zur Verfügung gestellt. Wir hoffen damit den KollegInnen die Dienstversehung etwas erleichtert zu haben.

Ausgabe von Erfrischungsgetränken "AVE" Eine Aktion der AUF/FEG und FPÖ Wien

Herrie Gutscheine im Wert von knapp € 2.000,- in den Wiener Bereichs- und Sonderabteilungen zum Ankauf von Erfrischungsgetränken!

Hitzewelle in Österreich – bis 36 Gradkeine "AVE" auf den Wachzimmern. Die AUF/FEG hat sofort nach bekannt werden des Übelstandes im BMI interveniert und auch eine Info an die Kollegenschaft weitergeleitet. Wie so oft fanden wir auch diesmal bei der FPÖ Wien einen Förderer unserer Idee, einstweilen Gutscheine für den Ankauf von Erfrischungsgetränken den Bereichs- und Sonderabteilungen zur Verfügung zu stellen. Am 12. Juni 2003 wurden die Gutscheine in Wien in den Kommanden verteilt.

Zur Sache: Das Gesamtbudget für den Ankauf der Gutscheine - € 23.000,wurde der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit zur Verteilung übermittelt. Dort ist man offensichtlich mit der Verteilung überfordert. Wir werden aber weiter auf die rasche Verteilung der behördlichen "AVE" Gutscheine drängen. Unser besonderer Dank gilt der FPÖ Wien, ohne deren finanzielle Unterstützung die beiden Projekte nicht möglich gewesen wären. Albert Schmiedt

ANTRÄGE AUS DEM FACHAUSSCHUSS WIEN

Einnahme von Mahlzeiten in Gastronomiebetrieben in der 30 min Mittagspause in Uniform.

Die Abänderung der entsprechenden Dienstbefehle wurde von der AUF/FEG beantragt. Eine mündliche Zusage des Generalinspektors erfolgte bereits zu Jahresbeginn, die schriftliche "Erlaubnis" wird neuerlich beantragt. Eine Notwendigkeit für die Tätigkeit des "Rayonsinspektor neu".

30 min FZA für "Ersatzgehen" in der Bereichsabteilung

Da der Antrag der AUF/FEG vom 16.12.2002 nach wie vor unbeantwortet ist, die Verpflichtung des "Ersatzgehens" innerhalb einer Bereichsabteilung aber schon in Kraft ist, musste neuerlich mit einem Antrag auf die zeitliche Mehrbelastung hingewiesen werden und scheint eine Regelung – wie bereits bei den PDHF umgesetzt – in Form von 30 min FZA als gerechtfertigt.

Belohnung Opernball 2003 Diesbezüglich musste ein Beharrungs-

Diesoezugich musste ein benarrungsbeschluss erwirkt werden, die Verhandlungen mit dem Pol.Präs, verliefen auf Grund der tristen budgetären Situation negativ. Es wird der Antrag der AUF/ FEG im Ministerium weiter betrieben.



Pension Binggl ***

Café - Bäckerei

5562 Obertauern, Telefon: 06456/72 34, Fax: 06456/72 34-6 E-Mail: pensionbinggl@aon.at • www.travel4you.com/binggl/

Rustikal eingerichtete Zimmer und "das Frühstücksbuffet" mit frischen Backwaren aus der hauseigenen Backstube schaffen die Voraussetzungen für einen erholsamen Ufnab in unserer frishätückspension im Zentrum von Obertauern. Eine graße Auswahl an feinsten österreichischen Mehlspeisen und Sahnetorten finden Sie in unserer Café-Kondilorei.

Rechtsanwälte

Dr. Gunther Nagele Mag. Christian Pesl Dr. Johannes Nagele

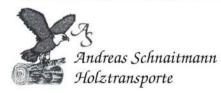
Südtiroler Platz 8, 6020 Innsbruck Telefon: 0512/58 74 81

Telefax: 0512/58 08 97 E-Mail: nagele-pesl@aon.at Helmut Chenhichler
Sprikerine Sgrakerine
Friederlichand

0000 Hall, Hellighens, Baller

The 1872 A 5 05 05

Hest 0004/152 17 53



A-5421 Krispl, Gaissau 68 Telefon: 06240/208 Mobil: 0664/380 54 17

38 Blaulicht Juni 2003 Blaulicht Juni 2003 39

Die Wahnsinns Lucky Seven Baulicht Partv

Donnerstag, den 28. August 2003, ab 19.30 Uhr in 22., VILLA WAHNSINN Raffineriestrasse



Unkostenbeitrag:

Vorverkauf: € 8.-Abendkassa: € 12.-

Grillbuffet inkl.

Karten erhältlich ab 01.08.2003 im Büro der AUF, Wien 8., Florianigasse 16, Telefon: 01/402 51 71 oder beim Veranstalter 0699/1325 44 00 (Bertl Schmiedt).

Michaelistube

Ursula Traunfellner Ruflingerstraße 1 A-4060 LEONDING Telefon: 0732/68 31 81

Odabas Ismet Ges.m.b.H.

Cafe Monte Carlo

Widlstraße 8 A-4053 Haid-Ansfelden Telefon: 07229/80 325

Rechtsanwalt Dr. Kurt Kozák

A-5020 Salzburg, Alpenstraße 12 Telefon: 0662/62 60 66 Telefax: 0662/62 85 40 E-Mail: ra.kozak@aon.at

DIE SPEZIALISTEM Fa. WEISS und Fa. RWS GmbH

METALL- & SCHROTTHANDEL ankreinigungen & Revisionen

Ölcibscheiderverwertung & Überprüfung Kosteniose Überprüfung Ihres Heizől- od Dieseltania Feuerlöscher & Überprüfunge

A. SCHWARZBAUER

TRANSPORT Gesellschaft m.b.H.

A-4293 GUTAU, Ringstraße 13 Telefon: 07946/62 39

Gasthaus Alpenfrieden

Tanja Steinbrenner 4462 Reichraming 195 Telefon: 07255/63 11

KFZ-Fachbetrieb

Helmut Baireder

Reparatur - Service aller Marken

A-4050 Traun, Stifterstraße 8 Telefon: 07229/741 47 Mobil: 0664/401 25 49



SALZBURGER

Ihr Landesversicherer

Salzburger Landes-Versicherung AG Auerspergstraße 9 A - 5020 Salzburg www.salzburger.biz

Erzberglauf...

Benefizveranstaltung der Salzburger Polizei zu Gunsten der Lebenshilfe

Tm europäischen Jahr der Menschen mit einer Behinderung wurde am 28, 5, 2003 von der Salzburger Polizei (ZI und Kripo) eine Benefizveranstaltung zu Gunsten der Lebenshilfe Salzburg organisiert.

Kein Kleinfeld-Fußballturnier unter Beteiligung von Mannschaften der Polizei, Gendarmerie, Berufsfeuerwehr, BIZ, Finanzen, Bundesheer, ORF und Magistrat wurde mit viel Einsatz der einzelnen Akteure, abgehalten, Schlussendlich ging die Mannschaft der Berufsfeuerwehr, nach einem spannenden Finalspiel mit 8-Meter-schießen, als Sieger vom Feld. Unter anderem besuchten etwa 40 Mitmenschen mit einer Behinderung die gelungene Veranstaltung und genossen sichtlich den gemeinsamen gestalteten Nachmittag mit einer Vorführung der Polizeidiensthundegruppe, Hubschrauberlandung, Beratungsdienst der Kripo, Strahlenspürgruppe und vielen Möglichkeiten Fahrzeuge und Ausrüs-



Gendarmerie/Stmk Cart-Landesmeisterschaften

Ort: Indoor-Cart Halle in Spielberg (Zeltweg) Zeit: Montag, 1. September 2003, 8.™ Uhr

Mannschaftsbewerb 3er Teams -Nenngeld pro Mannschaft 60 €

Anmeldung: Franz MAIERHOFER GP Deutschfeistritz 03127/41333 oder 0650/3973783 -Nennungsschluss am 20. August 2003



tung der Polizei näher kennen zu lernen. Besondere Freude bereitete die Möglichkeit auf einem Krad der Polizei, Poatz zu nehmen und sich fotografieren zu lassen. Die strahlenden Gesichter brachten viel Freude zum Ausdruck und ließen uns erkennen, wie mit Kleinigkeiten Begeisterung, Glück und Zufriedenheit bereitet werden kann. Auch für uns war dies ein ganz besonderer Tag, wobei von allen Anwesenden die Integration und das Miteinander in den Vordergrund gestellt wurden und viele meiner KollegenInnen haben mir versichert, dass auch sie unvergessliche Lebenserfahrung mitnehmen konnten.

Der gesamte Reinerlös der Veranstaltung sowie des eingerichteten Spendenkontos geht an den Lebenshilfe-Kindergarten in Salzburg, Ernst-Grein-Straße wo das Geld dringend benötigt wird.

Der Leiter der Lebenshilfe, Direktion Heinz FISCHER bedankte sich in seiner Rede und hob den ganz besonderen Stellenwert dieser gelungenen Veranstaltung (Polizei und Menschen mit einer Behinderung gemeinsam) hervor. Ebenso der Stellvertretende Polizeidirektor HR Dr. Feichtinger (auch als Fußballer bei der Polizei-Mannschaft in ausgezeichneter Form) und Nationalratsabgeordneter Johann MAIER welcher die Turnier - Siegerehrung vorgenommen hat. Begrüßen konnten wir auch den stellvertretenden Generaldirektor, Obstl. LANG sowie den Cobra-Chef, Brigd. BACHLER.

Herzlichen Dank an alle KollegInnen die mitgeholfen haben den reibungslosen Ablauf der Veranstaltung zu gewährleisten. Besonderer Dank gilt Frau Mag, Grammlinger von der Lebenshilfe ohne deren unermüdlichen Einsatz, der Reinerlös von ca. 8.000,- Euro nicht zustande gekommen wäre und der organisatorische Ablauf ebenfalls mitgestaltet wurde. Ein besonderes Dankeschön dem ORF sowie den anderen Medienvertretern, Mitwirkenden uns Sponsoren, welche alle ihren Anteil zu dieser Erfolgsveranstaltung beigetragen haben. Nicht ohne Stolz können wir behaupten, dass hier dem Spruch "Polizei dein Freund und Helfer" alle Ehre zu Teil geworden ist.

> Andreas Dürager Personalvertreter/SW, BPD Salzburg





Schwechaterhof

FAMILIE PÖTZL, L. WERNDL-STRASSE 1, 4400 STEYR TELEFON: 07252/530 67, FAX: 07252/47 70 54

RESTAURANT • GÄSTEZIMMER • BIERGARTEN Sonntag 14 Uhr bis Montag 17 Uhr geschlossen



Sterile of 4400 Steyr, Gaswerkgasse 16, 07252/721 28

Öffnungszeiten: Täglich 11 - 15 und 17 - 23 Uhr





Munters Trocknungs-Service Ges.m.b.H. Hochwassergasse 2, 1230 Wein

24-Stunden-Notruf in ganz Österreich Telefon 0800/68 68 377

Graz Telefon: 0316/77 32 00-0 Linz

Telefon: 0732/68 08 68 Klagenfurt Telefon: 0463/33 88 88

Salzburg Telefon: 0662/87 55 99 Innsbruck Telefon: 0512/34 19 90

St. Pölten Telefon: 02742/88 32 88



China Restaurant JIN CUI KEG

JIN FU LI

Täglich geöffnet: 11.30 bis 14.30 und 17.30 bis 23 Uhr Am Grünmarkt 15, 4400 Stevr, Telefon: 07252/48 693

Frendenzimmer Gasthof Huber

Gis.m.b.H. & Co. KG

INHABER FAMILIE GEBL

A-4600 WELS, WIESENSTRASSE 69, Telefon: 07252/450 30-0 Fax: 07252/450 30-30, E-Mail: gasthof.huber@eunet.at





www. erlebnisrestaurant.



Gasthof Ortbauernaut A-4462 REICHRAMING 91

Telefon: 07255/8103, Fax: DW 71 Internet: www.ortbauerngut.at

E-Mail: office@ortbauerngut.at

Unser Haus liegt direkt am Radwanderweg Ennstal und am Eingang zum Reichraminger Hintergebirge. Unsere Zimmer sind ausgestattet mit Bad oder Du/WC. Balkon. Telefon und Sat-TV. Lassen Sie sich verwöhnen bei auten Speisen und Getränken. Wir verfügen über einen großen Parkolatz. auch für Autobusse un eine Radgarage.



Ihr Marktrestaurant in der UNO-Shopping

Front Cooking • Grill- und Wokspezialitäten •

Tages-Menü's • Vegetarische Kost •

Qualität und Frische zu absolut fairen Preisen!! Telefon: 0732/670 400



Inhaber: Franz Leitner 4040 Linz, Griesmayrstraße 18 Telefon und Fax: 0732/25 32 78 E-Mail: info@weinstadl.wirt.net Internet: www.weinstadtl.wirt.net



Öffnungszeiten: Montag - Freitag 15 - 24 Uhr Sonntag 15 - 22 Uhr, Samstag u. Feiertag geschlossen





5. - 6. September 2003 Schlossberg bei Leutschach (Schießplatz der Zollwache)

1 Überraschungsparcours im Gelände, ca. 100 m Aufgaben:

Mehrere Speedshoots, Sideshow

Teilnahmeberechtigt: Alle Exekutivbeamten, Soldaten des Österreichischen Bundesheeres und Mitglieder eines Schützenvereines

Bewaffnung: Pistole Glock 17, 19 oder andere Dienstpistolen, welche bei einer Einheit der Exekutive geführt werden. Mindestabzugsgewicht 2 kg,

nur offene Visierung

Ausschließlich Kal. 9mm Luger.

Mannschaftswertung: Eine Mannschaft (Squad) besteht aus max. 4 Schützen; die 3 besten Ergebnisse werden in Summe gewertet.

Parcours und Speed-Shoots: Preise:

Pokale und Urkunden für die besten 3 Schützen Pokale und Urkunden für die besten 3 Mannschaften

Side-Show:

1 Pistole Glock als Hauptpreis Anmeldung: Bei Bernhard Anetshofer

(BI-Post Bernhard Anetshofer@7wa-mug@zastmk) E-Mail: bernhard.anetshofer@bmf.gv.at oder

Fax: +43 (0) 3453/43 60

Telefon: +43 (0) 664/401 97 99

Für Speis und Trank auf dem Schießplatz ist gesorgt.

Anmeldung und Info auch unter http://members.aon.at/abpage

Folgende Firmen unterstützen mit einem Druckkostenbeitrag die Herausgabe des **Fachmagazins** "BLAULICHT"

B. Kern Baugesellschaft m.b.H. 4273 Unterweissenbach 50

Tischlerei Andreas Rieger 5421 Krispl

Alois Eibl, Tankstelle - Transporte 5421 Krispl, Gaißau 155

WABE - Verein Salzburger W.ohnungs-A.rbeitsBEschaffungs-Cooperative

5020 Salzburg, Kirchenstraße 43

Seel Tourismus Service Ges.m.b.H. 5640 Badgastein Kaiser-Franz-Josef-Straße 2

Dr. univ. med. Siegbert Wörner Facharzt für Hautkrankheiten 6020 Innsbruck, Museumstraße 32 (Europahaus)

Cafe Cool - Fam. Schindelar 4020 Linz, Bürgerstraße 21

Cafe Pepo 4040 Linz, Leonfeldner Straße 210

Cafe - Bar Marco Polo Machacek OEG

4020 Linz, Fabrikstraße 16

Cafe Zeit 4020 Linz, Graben 9

Gasthof Bauer

4400 Steyr, Josefgasse 7

Bäckerei Josef Ackerl 4540 Bad Hall, Grünburger Straße 89

Gasthaus - Pension Lackenbauer 5630 Bad Hofgastein, Anger 36

Gasthaus Mayrhauserstüberl 5302 Henndorf, Kirchenstraße

Sommerauer & Gaderer Ziviltechniker GmbH für Bauingenieurwesen

5201 Seekirchen, Hauptstraße 33



A-8054 Graz/Seiersberg, Kärntner Straße 518

Telefon: 0316/28 71 51-0 Telefax: 0316/28 71 51-9 E-Mail: office@exekutiv-verlag.at

Facharzt für med. und chem. Labordiagnostik

DR. HANS GEORG MUSTAFA

A-5020 SALZBURG, Bergstrasse 14 Telefon: 0662/870 960-0. Fax: DW 21 E-Mail: office@labormustafa.at

Dr. med. univ. FRIEDRICH R. HELML

FACHARZT FÜR UNFALLCHIRURGIE UND SPORTTRAUMATOLOGIE Allgemein beeideter gerichtlich zertifizierter Sachverständiger

PRAXIS: HAUPTSTRASSE 83-85 • A-4040 LINZ TELEFON: 0732 / 71 15 00 • FAX: 0732 / 71 15 00-9 E-MAIL: ordination@helml.at • http://www.helml.at



Niederlassung Salzburg Abt. Baubetrieb West

A-5020 Salzburg, Austraßensiedlung 35 Telefon: +43 (0) 662/451 199-0, Fax: DW 11 E-Mail: salzburg-west@felbermavr.cc

Schauer Eisenbahnbau Ges.m.b.H. Industriestraße 60, A-4050 Traun, Telefon: 0732/38 45 43-0

KANALBAU - LEITUNGSBAU - LÄRMSCHUTZ - AUSSENANLAGEN **EISENBAHNBAU - TIEFBAU**



"Schindlalm" Fam. Huber

SCHAUER /

Steinwandweg 43 4407 Steyr-Gleink Tel. + Fax: 07252 / 78 100 Ruhetage: Mo + Di

Bratl-, Ripperl- und Knödelessen bei Vorbestellung.



Music-Pub-Cafe CAMBRIDGE - SoWieSo

Inh. Albin Dostal Leopold Werndlstraße 44 A-4400 Stevr

BÄCKEREI - CAFÉ

A-4453 Trattenbach, Telefon: 07256/83 45, Fax: DW 4 Filiale: Ternberg, Prinzstraße 3, Telefon: 07256/20 592



Spielwaren Fachmarkt 6130 Schwaz

19.000 Geschenksideen auf einem Gelände von 750m2 Tel.: 05242 64 9 35



AKKU-MÄSER BATTERIEN, AKKUS UND SERVICE Internet: http://www.akku-maeser.at

Norbert Mäser Batterienfachhandel
Verkauf: A-6890 Lustenau • Zellgasse 39a • Tel. +43 (5573) 63084-0, Fax: -20

Geschäft: A-6850 Dornbirn • Schwefel 20 • Tel. +43 (5572) 33989-0, Fax: -20

E-Mail: info@akku-maeser.at

IHR SPEZIALIST FÜR LAMPEN UND FUNK-













GERÄTEAKKUS

ORDINATIONSGEMEINSCHAFT

DR. PETER ECKMAYR UND DR. INGOMAR HEUBERER

Dr. Peter Eckmayr Facharzt für Orthopädie und

Facharzt für Orthopädie und orthopädische Chirugie A-4020 Linz, Mozartstraße 25 Telefon: 0732/77 81 12 Telefax: 0732/77 63 12

ORDINATIONSZEITEN:

 Montag
 8 - 13 Uhr

 Dienstag
 13 - 18 Uhr

 Mittwoch
 13 - 18 Uhr

 Donnerstag
 8 - 13 Uhr

 Freitag
 8 - 12 Uhr

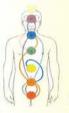
Prim. Dr. Ingomar Heuberer

Facharzt für Orthopädie und orthopädische Chirurgie A-4020 Linz, Mozartstraße 25 Telefon: 0732/77 81 12 Telefax: 0732/77 63 12

ORDINATIONSZEITEN:

Workay	13 - 10 011
Dienstag	8-13 Uh
Mittwoch	8-13 Uh
Donnerstag	13 - 18 Uh
Freitag	8-12 Uh

INSTITUT FÜR ENERGETISCHE BEHANDLUNGSWEISEN



Psychokinesiologie
Körperharmonisierung
Entstören von Wasseradern
Meridian- und Chakrenanalyse
Energetische Häuserreinigungen
Auflösen von negativen Energien
Entgiftung und Mineralstoffzufuhr
Reiki-Behandlungen & Einweihungen

Mag. Hannes Silberbauer, Mobil 0664 / 4321 484

Schiefersteinstraße 1, 4060 Leonding
Tel.: 0732/68 09 80-0. Fax: DW 20



HEIZUNG – SANITÄR – LÜFTUNG INSTALLATIONEN PLANUNGSBÜRO SYSTEM NORITHERM

Rudolfstraße 47, 4040 Linz-Urfahr Telefon: 0732/23 10 61 oder 23 20 47 Telefax: 0732/23 02 52 Wir führen für Sie: Top-frische Ware in Spitzenqualität. Unser Angebot reicht von heimischen Produkten bis hin zu ausgefallenen exotischen Spezialitäten.







Das unabhängige Fachmagazin für die Exekutive in Österreich

